

# DIALOG ZU EINER NACHHALTIGEN ZUCKERPOLITIK

DOKUMENTATION DER ABSCHLUSSVERANSTALTUNG  
IN DÜSSELDORF AM 17. OKTOBER 2006

Kerstin Lanje, Cornelia Römling, Christiane Reiß und Jan Burck



## **Zusammenfassung**

Germanwatch hat 2005-2006 einen umfangreichen Dialog zu entwicklungspolitischen, sozialen und ökologischen Aspekten des Zuckermarkts geführt. Hierzu fanden zahlreiche Veranstaltungen statt, an denen ein breites Spektrum von Akteuren aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Politik beteiligt waren. Die vorliegende Publikation dokumentiert die Abschlussveranstaltung des Projekts vom 17.10.06 im Düsseldorfer Landtag und gibt in einem eigenen Kapitel die Germanwatch-Position zur Zuckerpolitik wieder. Der Anhang enthält unter anderem die Zusammenfassungen der vor der Abschlusskonferenz durchgeführten Dialogveranstaltungen.

## **Impressum**

### **Redaktion:**

Kerstin Lanje, Cornelia Römling, Christiane Reiß und Jan Burck

### **Herausgeber:**

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon 0228/60492-0, Fax -19

Büro Berlin

Voßstr. 1

D-10117 Berlin

Telefon 030/288 8356-0, Fax -1

Internet: <http://www.germanwatch.org>

E-mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

Oktober 2006

Bestellnr.: 06-1-13

ISBN 3-939846-04-X

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

**<http://www.germanwatch.org/handel/zudoab06.htm>**

Dieses Projekt wird finanziell von der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

# DIALOG ZU EINER NACHHALTIGEN ZUCKERPOLITIK

DOKUMENTATION DER ABSCHLUSSVERANSTALTUNG  
IN DÜSSELDORF AM 17. OKTOBER 2006

Kerstin Lanje, Cornelia Römling, Christiane Reiß und Jan Burck



Kleinbäuerin in einem Zuckerrohrfeld (Ghana). Foto: Simone Windfuhr

## Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	<b>5</b>
<b>Vortrag von Minister Armin Laschet</b> .....	<b>7</b>
<b>Interview mit Keeper Gumbo</b> .....	<b>14</b>
<b>Germanwatch-Positionspapier zur Reform der Zuckermarktordnung</b> .....	<b>17</b>
<b>Ergebnisse der Arbeitsgruppen</b> .....	<b>24</b>
Arbeitsgruppe: Handlungsempfehlungen für die Entwicklungspolitik.....	24
Arbeitsgruppe: Handlungsempfehlungen für Zuckerrübenanbauer in NRW.....	25
Arbeitsgruppe: Handlungsempfehlungen für den Bereich Ethanol .....	26
<b>Anhang</b> .....	<b>28</b>
Programm der Abschlusskonferenz .....	28
Zusammenfassungen der vor dem 17.10.06 durchgeführten Dialogveranstaltungen .....	29
Themenbereich: Landwirte in Deutschland und NRW .....	29
Themenbereich: AKP- und LDC-Staaten .....	31
Themenbereich: Biokraftstoffe .....	34
Teilnehmerliste des gesamten Dialogprojektes.....	37

## Abkürzungsverzeichnis

AKP	Die Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifiks
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
EBA	„Everything but arms“ Initiative (Alles-außer-Waffen-Initiative)
EPA	Economic Partnership Agreements (Wirtschaftspartnerschaftsabkommen)
LDC	Least Developed Countries (Wirtschaftlich am wenigsten entwickelte Länder)
WTO	World Trade Organisation (Welthandelsorganisation)
ZMO	Zuckermarktordnung

## Vorwort

Gemeinsam mit über 50 Fachleuten, Politikern und Wissenschaftlern hat Germanwatch am 17. Oktober 2006 mit einer Abschlusstagung im nordrhein-westfälischen Landtag in Düsseldorf das Dialogprojekt „Süßer Sprengstoff für die entwicklungspolitische und ökologische Debatte“ beendet. Die Teilnehmer diskutierten über die Reform der EU-Zuckermarktordnung, deren Folgen für Zuckerbauern in Europa und den Ländern des Südens und darüber, wie die Zuckerpolitik sozial und ökologisch nachhaltig gestaltet werden kann.

Rund anderthalb Jahre lang fanden Dialogveranstaltungen mit Botschaftern von Entwicklungsländern, Vertretern von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, der Zuckerindustrie, Rübenbauern, Landes-, Bundes- und EU-Politikern, Gewerkschaftern sowie Umwelt- und Agrarwissenschaftlern statt. Hierbei kristallisierten sich Handlungsempfehlungen für die Entwicklungspolitik, für die Zuckerrübenbauer in NRW und zur Frage, ob Ethanol aus Zuckerrohr ein Ersatz für herkömmliche Kraftstoffe sein kann heraus (siehe Zusammenfassungen, S. 29f.). Parallel wurden eine Reihe von Studien<sup>1</sup> zu den Themen des Dialogs erstellt.

Ziel des Dialogprozesses war die gemeinsame Erarbeitung einer tragfähigen, entwicklungs-, umwelt- und agrarpolitisch nachhaltigen Position zur Reform der Zuckermarktordnung, die in die Verhandlungen eingebracht und den politischen Reformprozess begleiten sollten.

Der Dialog verlief sehr offen und konstruktiv. Es wurden darin auch Fragen der Gerechtigkeit und der Solidarität mit den Menschen in den Entwicklungsländern, der Flächenverbrauch für die Ethanolherzeugung und unser Konsumverhalten angesprochen. Deutlich wurde, dass nachhaltige Lösungen für das Thema Zuckerpolitik nur mit allen Akteuren gemeinsam entwickelt werden können.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW, äußerte sich auf der Abschlusskonferenz am 17.10.06 anerkennend: „Es ist beeindruckend, wie im Rahmen des Dialogs eine Allianz von Bauern aus Nord und Süd sowie Umwelt- und Entwicklungsorganisationen entstanden ist. Sie haben sich alle für den Erhalt eines Zuckeranbaus stark gemacht, der nicht zulasten der Entwicklungsländer geht.“ (siehe auch Vortragsmanuskript, S. 7f.).

Keeper Gumbo, Vertreter der Zuckergewerkschaft in Malawi, erläuterte die Auswirkungen der Zuckermarktordnung auf das Land: „Der Anbau von Zuckerrohr ist eine Möglichkeit zur Armutsbekämpfung. Durch die EU-Zuckermarktreform sind unsere Einnahmen gesunken. Wir brauchen Ausgleichszahlungen und Anpassungshilfen.“ (siehe auch Interview mit Herrn Gumbo, S. 14f.).

Tobias Reichert, Vorstandsmitglied von Germanwatch, stellte das Germanwatch-Positionspapier vor (S. 17f.) und erklärte: „Die von der EU im November 2005 beschlos-

---

<sup>1</sup> Abrufbar unter [www.germanwatch.org/zucker.htm](http://www.germanwatch.org/zucker.htm)

sene Reform der Zuckermarktordnung ist weder entwicklungspolitisch noch aus Sicht der ländlichen Entwicklung in der EU optimal. Jetzt stehen drei Aufgaben zur Umsetzung an: eine angemessene Entschädigung für die Länder und Akteure, die es am Nötigsten haben, eine gerechte und effektive Verteilung der noch bestehenden Vorteile aus der Zuckermarktordnung und die Entwicklung neuer Perspektiven, zu der auch die Förderung von Sozial- und Umweltstandards gehören.“

In Arbeitsgruppen wurden während der Konferenz drei Themen vertieft diskutiert (siehe Arbeitsgruppenergebnisse, S. 24f.): Handlungsempfehlungen für die Entwicklungspolitik, für Zuckerrübenanbauer in NRW und für den Bereich Ethanol.

Allen, die durch ihre Ideen, Studien, Referate und Diskussionsbeiträge zum Gelingen des Projektes beigetragen haben, möchten wir gerne danken. Wir wünschen viel Spaß beim Lesen und Nachdenken.

Das Zuckerdialoqprojekt wurde von der Nordrhein-Westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung gefördert.



Kerstin Lanje

Referentin für Welthandel und Ernährung



## Vortrag von Minister Armin Laschet

Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

### Begrüßung / Einleitung

Sehr geehrte Damen und Herren,  
es ist mir eine große Freude, dass heute im nordrhein-westfälischen Landtag ein entwicklungspolitischer Dialog stattfindet. Es ist sogar mehr als das. Es ist auch ein handelspolitischer Dialog, der zeigt, wie eng Nordrhein-Westfalen heute mit der Welt verflochten ist.

Unsere heutigen Gastgeber – Germanwatch und die CDU-Fraktion – setzen damit ein wichtiges Zeichen: Unser Land muss die Globalisierung aktiv mitgestalten, da wir Teil von ihr sind und auch von ihr betroffen sind.

Alle Fraktionen des Landtags haben in diesem Fall früh erkannt, dass die WTO-Verhandlungen weitreichende Auswirkungen auf die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen

haben werden. Insbesondere über die Zuckermarktordnung wurden wichtige Debatten geführt und die Landesregierung hat sowohl im Bundesrat als auch bei der EU Einfluss genommen.



Vortrag von Armin Laschet, Düsseldorf  
17.10.06. Foto: G.Kier

### Neue Allianzen

Der von Germanwatch initiierte und von der nordrhein-westfälischen Stiftung für Umwelt und Entwicklung geförderte Zuckerdialog, dessen Abschlussveranstaltung wir heute erleben, hat einen wichtigen Beitrag insbesondere dazu geleistet, dass

- alle beteiligten Akteure – ob Landwirtschaft, Zuckerindustrie, Wissenschaft, NGOs oder Politik – gemeinsam über Gestaltung, Folgen und Umgang mit der neuen Zuckermarktordnung beraten haben,
- und dass von Anfang an die Belange der Bauern hier und der im Süden gemeinsam diskutiert wurden.

Nicht vergessen werden darf, dass die WTO-Agrarverhandlungen und die Reform der Zuckermarktordnung auch ganz neue Allianzen hervorgerufen haben.

So habe ich zu meiner Zeit, als ich noch Abgeordneter des Europaparlaments war, mit großem Interesse wahrgenommen, dass an verschiedenen Stellen der Verhandlungen immer wieder

- Bauern aus Nord und Süd,
- Umwelt- und Entwicklungs-NGOs,
- Bauernverbände,
- Zuckerwirtschaft,
- AKP- und LDC-Länder

zu gemeinsamen Positionen kamen und sogar gemeinsam öffentlich Stellung genommen haben.

So wie es zum Beispiel die kirchlichen Hilfswerke, Umweltverbände und der Bauernverband im Jahr 2003 im Hinblick auf die WTO-Agrarverhandlungen getan haben oder auch eine große Anzahl deutscher Umwelt- und Entwicklungsorganisationen im Jahr 2004.

Die Akteure waren sich einig, dass eine weniger starke Preiskürzung beim Zucker bei gleichzeitiger Mengenbegrenzung und Binnenmarktorientierung – sprich, die Beendigung des Dumpingexports – für Nord wie Süd hilfreich gewesen wäre.

Und ebenso waren sie sich einig, dass auch der Multifunktionalität der Landwirtschaft ein größeres Gewicht beigemessen werden sollte – vor allem was die WTO angeht.

Für Bauern aus Nord wie Süd ist die Landwirtschaft nun mal mehr als nur ein Job. Die einen kämpfen um die wirtschaftliche Existenz, die anderen ums nackte Überleben.

Man kann schließlich als Bauer nicht samt Hof seine Arbeit einfach nach den neuen Regeln der Globalisierung in andere Regionen, Länder oder sogar Kontinente verlagern, wie es vielleicht große Firmen können. Das müssen auch die WTO-Verhandlungen berücksichtigen.

Diese Allianzen sind auch deshalb bemerkenswert, da die alte EU-Zuckermarktordnung zuvor massiv von vielen NGOs kritisiert wurde. Ich erinnere nur an die Germanwatch-Postkarte 'Zucker kann tödlich sein', die für heftige Debatten sorgte.

Wenn auch Art und Weise der Kritik diskussionswürdig war, so ist dennoch richtig, dass Europa mit Hilfe seiner Exportsubventionen seit langem Weltmarktpreise drückt und Bauern in Entwicklungsländern mit billigen Milch-, Fleisch-, Geflügel- oder Zucker-Exporten die lokalen Preise und Absatzmärkte kaputt macht. Damit raubt man vielen Menschen ihre Existenzgrundlage.

Deshalb ist es ein bedeutender Fortschritt, dass die EU in Hongkong die Abschaffung der EU-Exportsubventionen bis zum Jahr 2013 verkündet hat. Das war ein großer Kraftakt, der sehr lange hat auf sich warten lassen.

Und auch wenn es derzeit sehr schlecht um die Doha-Runde steht, so kann ich nur an alle Beteiligten – ob EU, USA oder G20 – appellieren, die Runde doch noch zu einem erfolgreichen Ende zu führen.

Meines Wissens geht es derzeit nur noch um winzige Schritte, die die Verhandlungsführer aufeinander zugehen müssten. Das bezieht sich hauptsächlich auf das Agrar-Abkommen.

Dazu gehört auch, endlich die gegenseitigen Schuldzuweisungen einzustellen. Es gilt, sich bei der Doha-Runde auf ihr Kernanliegen zurück zu besinnen, nämlich Entwicklung. Und wenn die Welthandelsrunde irgendwo zu kurz greift, dann bei der Entwicklungsdimension.

#### Eckpunkte der Zuckermarktordnung

Zurück zur Zuckermarktordnung:

Nach fünfjähriger Diskussion um die Zukunft der Zuckermarktordnung, mehreren Verhandlungsrunden und zahlreichen bilateralen Gesprächen konnte am 24. November 2005 ein Durchbruch bei der Reform der Zuckermarktordnung erzielt werden.

Noch zu Beginn der entscheidenden Rats-Tagung hatten zahlreiche Mitgliedstaaten erheblichen Widerstand gegen die weitreichenden Vorschläge der Kommission geleistet.

Die Landesregierung, Minister Eckhard Uhlenberg, hat sich damals gemeinsam mit Bundesminister Seehofer erfolgreich dafür stark gemacht, dass die Preissenkung letztlich leicht abgemildert und der Ausgleich für die Rübenanbauer erhöht wurde. Gleichzeitig erhalten die weniger wettbewerbsfähigen Standorte in Süd- und Nordeuropa hinreichende Anreize für den Ausstieg aus der Zuckerproduktion.

Auf dieser Grundlage konnte der Reform zugestimmt werden. Die Neuausrichtung der Zuckermarktordnung trägt damit sowohl der Situation auf dem Zuckermarkt, den interna-

tionalen Verpflichtungen, als auch den Belangen der betroffenen Zuckerrübenanbauer und der Zuckerwirtschaft Rechnung.

Ich rufe noch einmal die wichtigsten Eckpunkte in Erinnerung:

- Im Mai 2005 fällte das Schiedsgericht der Welthandelsorganisation das erwartete Urteil, wonach die europäische Subventionspolitik für Zucker gegen WTO-Regeln verstößt. Damit ist ein über die bei der WTO notifizierte Menge von 1,27 Mio. Tonnen Zucker hinausgehender subventionierter Export rechtswidrig.

Brasilien, Australien und Thailand hatten vor der WTO geklagt. Im November desselben Jahres erfolgte die Einigung in der EU auf die neue Zuckermarktordnung.

- Die neue Zuckermarktordnung wird bis zum Jahr 2014/15 laufen und unterliegt keiner Halbzeit-Bewertung. Das ist als echter Erfolg zu werten und gibt Bauern und Zuckerfabriken die nötige Planungssicherheit.
- Die Zuckerpreissenkung erfolgt in vier Schritten bis 2009/10 um insgesamt 36% bei Weißzucker und rund 39% bei Zuckerrüben. Damit sinkt der Garantiepries für Weißzucker von derzeit 631,90 Euro auf 400 Euro pro Tonne im Laufe der nächsten vier Jahre, der für die Entwicklungsländer relevante Rohzuckerpreis von 496,80€ auf 335,20€ ebenfalls um 36%.

Allerdings – und das ist eine gute Nachricht für die AKP-Länder – werden die Preisreduzierungen für Rohzucker erst ab 2008 in Kraft treten, um den Entwicklungsländern noch etwas Zeit für Reformen zu lassen. Die gilt es allerdings zu nutzen.

- Im Gegenzug erhalten die europäischen Rübenbauern Ausgleichszahlungen in Höhe von ca. 64% der Preissenkung. Gegenüber den ursprünglichen Vorschlägen der Kommission konnten zwar gewisse Verbesserungen erreicht werden, aber hieran gibt es nichts zu beschönigen: Dieser Preisschnitt wird vor allem die Landwirtschaft mit voller Härte treffen.
- Die AKP-Zuckerprotokoll-Länder erhalten keine Ausgleichszahlungen. Mit ihnen wird die EU nationale Aktionspläne auflegen, die die Wettbewerbsfähigkeit zukunftsfähiger Zuckerwirtschaften stärken, die Wirtschaft insgesamt diversifizieren und die sozialen sowie ökologischen Folgen abmildern sollen.

13 der 18 betroffenen Staaten haben bereits eine nationale Anpassungsstrategie eingereicht. Für 2006 sind dafür 40 Mio. Euro vorgesehen und für den Zeitraum 2007 bis 2013 insgesamt 1,24 Mrd. Euro, d.h. pro Jahr 178 Mio. Euro.

- Völlig unverständlich ist mir allerdings, dass die EU die Zucker-Aktionspläne aus Entwicklungshilfegeldern zahlen will, statt diese Mittel aus dem Agrarhaushalt bzw. der neuen Zuckermarktordnung selbst heraus zu generieren.

Dadurch entzieht die neue Zuckermarktordnung de facto dem knappen Entwicklungshaushalt Mittel. Ohne die wichtigen Ausgleichszahlungen für die hiesigen Bauern in Frage zu stellen, sollten die Aktionspläne meiner Ansicht nach aus den 800 Mio. Euro finanziert werden, die die EU durch die Einstellung der Subventionierung der Zucker-Re-Exporte jährlich einspart.

- Nicht verschwiegen und heute diskutiert werden sollte das Neben-Ziel der EU, mit Hilfe der Aktionspläne das AKP-Zuckerprotokoll in die geplanten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen – die sogenannten EPAs – zu integrieren.

Dadurch sollen regionale Freihandelszonen entstehen, die den Süd-Süd-Handel stärken und auf mittlere Sicht zudem freien Handel zwischen den Entwicklungsländern und der EU gewähren, da die EU auch Teil dieser EPA-Zonen sein soll.

Die entwicklungspolitische Wirkung dieser Abkommen ist sehr umstritten. Viele NGOs befürchten, dass das, was die EU in der Doha-Runde nicht erreichen konnte, auf diesem Weg verwirklicht werden soll. Sie halten es für falsch, dass die EU die gleichen Marktzugangsmöglichkeiten erhalten soll, wie sie sich die Entwicklungslän-

der untereinander in Freihandelszonen gewähren. Diese Bedenken sind ernst zu nehmen.

Dennoch ist auch sicher, dass ohne den Druck der EU Integrationsprozesse ausbleiben oder sehr langsam erfolgen und damit ein enormes Entwicklungspotential – gerade in Afrika – verschenkt würde.

Vergessen dürfen wir auch nicht, dass durch das künstlich hoch gehaltene EU-Preisniveau bei Zucker, in den AKP-Staaten notwendige Investitionen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ausgeblieben sind.

In anderen Ländern, wie zum Beispiel in Mauritius, das den größten Anteil an der Quote hält und somit am stärksten profitierte, trug das Einkommen aus dem Zucker zwar auch im Land selbst zur Entwicklung bei. Die Zuckerkonzerne nutzen es aber ebenso, um Investitionen in Drittländern zu tätigen.

- Schließlich hat sich die Kommission – unter anderem aufgrund von Druck aus Deutschland – noch dazu bereit erklärt, vom Jahr 2008 an eine Mengenkontrolle bei Zuckerimporten aus den sogenannten 'LDC-Staaten' vorzunehmen.

Denn ab 2009 haben diese ärmsten Länder der Erde zollfreien Zugang zum EU-Markt. Das führte bei der hiesigen Landwirtschaft zu Ängsten vor einer Importflut, die die Zuckerwirtschaft erneut stark belasten könnte. Diese Flut wird vor allem deshalb befürchtet, weil angenommen wird, dass zum Beispiel Brasilien Zucker in LDCs exportieren könnte und diese dann den Zucker wiederum in die EU. Hier geht es also um die sogenannten Dreiecksgeschäfte.

Deshalb hat die EU zugesagt, Maßnahmen zu ergreifen, wenn die Importe aus einem LDC-Land innerhalb eines Jahres um mehr als 25% steigen. Dass diese Befürchtung nur zum Teil berechtigt sind und diese Klausel auch Risiken birgt, zeigt ein aktuelles Positionspapier, das unter anderem von EED, Misereor und Oxfam herausgegeben wurde.

Demnach würde eine starre 25%-Klausel die wichtige Everything but Arms-Initiative im Bereich Zucker wertlos machen. Entsprechend ihrer Ausgangsmenge von etwa 200.000 Tonnen könnten LDCs ihre Exporte in die EU in den nächsten Jahren nur um 50.000 Tonnen jährlich steigern und bräuchten insgesamt 15 Jahre, um ihre derzeitigen Kapazitäten zu erreichen.

Damit das Kind nicht mit dem Bade ausgeschüttet wird, darf die 25%-Klausel meiner Ansicht nach also nur dann angewandt werden, wenn tatsächlich die befürchteten Dreiecks-Geschäfte nachgewiesen werden können beziehungsweise Ursprungsregeln verletzt werden. Wenn also zum Beispiel brasilianischer oder indischer Zucker nun in Massen über ein LDC-Land nach Europa kommt und nachweislich die ZMO bedroht ist.

Solange dies nicht der Fall ist, sollte man die EBA-Initiative ernst nehmen und den LDCs den freien Export in die EU zugestehen. Vorausberechnungen zeigen, dass dies aufgrund des steigenden Weltmarktpreises und des sinkenden EU-Preises keine Unmengen sein werden, die die EU nicht verkraften könnte.

- In diesem Zusammenhang möchte ich auch die Mär vom brasilianischen Zucker in der EU ansprechen. Brasilien, Thailand und Australien ging es bei ihrer WTO-Klage nicht primär um den EU-Markt.

Sie erhoffen sich vielmehr von der neuen Zuckermarktordnung, dass sie die Märkte erschließen können, auf denen die EU bisher subventioniert ihren Zucker absetzte. Für eine Flut brasilianischen Zuckers in die EU sind die EU-Zölle viel zu hoch. Auch mit der neuen Zuckermarktordnung haben nur AKP- und LDC-Länder Chancen, in die EU zu exportieren.

Soweit die wichtigsten Fakten.

### Auswirkungen der Zuckermarktreform

Nun, fast ein Jahr nach Verabschiedung der Reform, wird weltweit gespannt auf die Folgen der neuen Zuckermarktordnung geblickt – sowohl hier bei uns als auch im Süden, und vor allem in Afrika. Viel Licht ins Dunkel hat der NRW-Zuckerdialog gebracht.

Wie geht es nun weiter mit dem Zuckermarkt hier bei uns und in den Entwicklungsländern? Welche neuen Marktchancen ergeben sich aus dem Trend zu Biotreibstoffen?

Ich beginne vor der eigenen Haustür:

Klar ist: Diese Reform wird für die 7.000 Rübenanbauer in Nordrhein-Westfalen und auch für die Zuckerfabriken zu einem deutlich steigenden Wettbewerb führen. Die Konkurrenz wird schärfer werden!

Durch die Beschlüsse vom November hat die Zuckerrübe für die Landwirtschaft einen erheblichen Teil ihrer finanziellen Vorzüge verloren. Dennoch steht soviel fest: Die Rübe nimmt nach wie vor Platz eins unter den Feldfrüchten ein und wird auch weiterhin ein festes Standbein für die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen bleiben.

Durch die Reform wird sich der Zuckerrübenanbau in der EU auf die wettbewerbsstärksten Standorte konzentrieren, soviel ist sicher. Das bedeutet aber auch, dass unter diesen schon jetzt konkurrenzstarken Standorten der Wettbewerb härter werden wird. Deshalb wird es in Zukunft entscheidend darauf ankommen, die Wettbewerbsfähigkeit des Rübenanbaus in Nordrhein-Westfalen ständig weiter zu verbessern und die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten.

Fakt ist, dass die betrieblichen Strukturen in der Landwirtschaft und bei den Zuckerfabriken in Nordrhein-Westfalen im Vergleich durchaus günstig sind. Das zeigt sich unter anderem darin, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine relativ große Rübenfläche je Betrieb haben.

In Zukunft gilt unter den neuen Rahmenbedingungen aber knallhart: Stillstand ist Rückschritt! Künftig werden bei den Markterlösen rund 1.000 Euro je Hektar fehlen. In einer solchen Situation kann es sich kein Betrieb mehr leisten, nicht alle Möglichkeiten der Kostensenkung zu nutzen.

Viele Betriebe, die seit Jahrzehnten auf den Zuckerrübenanbau spezialisiert sind und ihren Betrieb darauf ausgerichtet haben, brauchen jetzt alternative Einkommensmöglichkeiten.

Schon heute gilt, dass nicht die Politik, sondern vorrangig der Markt über diese Alternativen entscheidet. Deshalb kann und will die Landesregierung Landwirten wie Zuckerwirtschaft nur begrenzt die Hilfe der Politik bei dieser Suche nach Alternativen zusichern.

Hier sind in erster Linie die Landwirte als Unternehmer gefragt. Aufgabe der Landesregierung ist es, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen – vor allem dann, wenn es darum geht, Betriebe durch Investitionen für die Zukunft fit zu machen.

Das gleiche gilt für die Zucker exportierenden Entwicklungsländer. Nur eine Orientierung an fairen Wettbewerbsbedingungen führt zu vernünftigen Marktpreisen. Was hier in der EU nun an Subventionen abgebaut wird, muss jetzt weltweit an Sozial- und Umweltdumping abgebaut werden.

### Bioenergie

So sehr ich für die Marktöffnung der EU bin, so wichtig ist es mir auch, dass der Agrarexport nicht auf Kosten von Ernährungssicherheit, Mensch und Umwelt erfolgt. Warum das gerade jetzt eine wichtige Frage ist, zeigt uns die Diskussion über das Potenzial der Bioenergie.

Die Landwirtschaften in Nord wie Süd müssen sich fit machen für die Bioenergie. Nicht erst seit dem Höhenflug der Ölpreise und der Diskussion um die Sicherheit russischer Erdgaslieferungen bin ich davon überzeugt, dass die Erzeugung von Bioenergie und nachwachsenden Rohstoffen in Zukunft eine immer wichtigere Rolle spielen wird.

Sie dient dem Klima- und Ressourcenschutz, verringert die Abhängigkeit von Energieimporten und eröffnet gleichzeitig neue Einkommensmöglichkeiten für die Landwirtschaft.

Biogas, Biodiesel und Bio-Ethanol können auch den Ackerbaubetrieben neue Perspektiven bieten. Dabei muss es nicht zwingend die Ethanol-Gewinnung aus Zucker sein, hier muss die Wirtschaft schon selbst wissen, ob sich Getreide besser rechnet.

Der Landesregierung kommt es viel mehr darauf an, für die Zukunft der Bioenergie stabile und wachstumsorientierte Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene zu schaffen. Dazu gehören Steuerrecht, Genehmigungsverfahren, Baurecht und angemessene Fördermöglichkeiten. Um alle diese Punkte bemühen wir uns in Nordrhein-Westfalen und auch auf anderen Ebenen.

Konkret bedeutet das, dass sich die Landesregierung bei der Frage der Steuerbefreiung für Biotreibstoffe, der Öffnung des Wärmemarktes für Getreide, der Ansiedlung von Raffinerien für Biotreibstoffe oder bei der Novelle der Einspeisevergütung nach dem EEG für Lösungen einsetzen wird, die den Zukunftsmarkt 'Bioenergie' weiter erschließen.

Die neue Zuckermarktordnung und der anhaltende Bioethanol-Boom – vor allem der steigende Ethanolbedarf Brasiliens, dem Weltmarktführer auf diesem Gebiet,- führen dazu, dass der Preisdruck auf dem Zuckermarkt erheblich nachgelassen hat. Daran wird sich wohl auch mittelfristig wenig ändern.

In Deutschland wird allerdings wohl nur in Zeitz eine Rübenverarbeitung zu Ethanol stattfinden, der Rest der deutschen Werke produziert Ethanol aus Getreide. Die ersten Biogasanlagen auf vorwiegend Getreidebasis sind im Bau, echte Betriebserfahrungen liegen aber noch nicht vor.

Auch wenn alle Fachleute sich kaum an Prognosen über die Wirkungen der Reform für die Entwicklungsländer heranwagen und nur erste Szenarien skizziert werden, so hoffe ich sehr, dass das Wegfallen der EU-Zuckerexporte und die steigende Nachfrage nach Bioethanol dazu führen, dass der Weltmarktpreis für Zucker sich auf höherem Niveau verstetigen lassen wird.

So sehr ich unseren Bauern in Nordrhein-Westfalen wünsche, dass sie vom Bioenergie-Boom profitieren – oder sie, wie einige sagen, zu den Ölscheichs von morgen werden -, so sehr wünsche ich mir einen fairen Marktzugang für Zucker und Bioethanol sowie weiteren Bioenergien aus Entwicklungsländern.

Es darf auf keinen Fall passieren, dass wir auf dem neuen Markt der Bioenergien zurückfallen in alten Protektionismus, sobald er an Attraktivität gewonnen hat. Bereits jetzt verhindert die Zolleskalation der EU vielfach den Import weiterverarbeiteter Produkte in die EU. Dieser Faktor trägt dazu bei, dass Entwicklungsländer in ihrer Rohstoffexportabhängigkeit verharren.

Ich gehe aber davon aus, dass die Bioenergien auch für die Entwicklungsländer selbst höchst interessant sind. Sie wären schlecht beraten, ihren Rohzucker komplett zu exportieren. Stattdessen sollten sie damit beziehungsweise mit dem Bioethanol die Ölimporte substituieren und so eine dezentrale Energieversorgung aufbauen.

Die Reduktion der Abhängigkeit vom Öl ist sowohl für uns als auch für die Entwicklungsländer von großer Bedeutung. So gibt zum Beispiel Gambia durch den gestiegenen Ölpreis sechs Mal mehr für Ölimporte aus als für Gesundheit, Äthiopien fünf Mal mehr als es über Schuldenerlasse einspart.

Mein Haus wird sich gemeinsam mit anderen Ressorts und der nordrhein-westfälischen Wirtschaft auch darüber Gedanken machen, welchen Beitrag die Unternehmen leisten können. Es geht darum, geeignete Technologien für eine nachhaltige Energieversorgung zur Verfügung zu stellen oder entsprechend zu investieren. Das gilt vor allem für den afrikanischen Kontinent.

### Nachhaltigkeit

Da eine Medaille bekanntlich zwei Seiten hat und damit auch alles Gute einen Nachteil, sind die Entwicklungsländer gut beraten, ihre Agrarexportmärkte stärker als bisher an Nachhaltigkeitskriterien und sozialen Aspekten auszurichten.

Es darf nicht sein, dass der Einsatz von Bioenergien einerseits Öl substituiert und andererseits dafür die letzten Regenwaldflächen gerodet, die Böden mit Pestiziden und Kunstdünger verseucht werden und durch künstliche Bewässerung die Böden erodieren. Die Palmölplantagen Malaysias und der Sojaanbau Brasiliens stehen dafür exemplarisch.

Ebenso muss dafür gesorgt werden, dass auch Bauern- und Kleinbauernfamilien profitieren und die Ernährungssicherheit gewahrt bleibt. Es ist schließlich nicht so, dass wir unendlich Agrarflächen zur Verfügung hätten. Und über 800 Mio. hungernde Menschen auf der Welt sprechen auch eine andere Sprache als 'baut lieber Energieträger als Nahrungspflanzen an'.

Nicht umsonst wird der Ruf aus dem Süden nach Ernährungssouveränität immer lauter. Danach kommt es zuallererst auf den Zugang zu Nahrung im eigenen Land und eine nachhaltige Landwirtschaft an und erst in zweiter Linie soll der Agrar-Export ins Spiel kommen. Leider handeln viele Regierungen und Unternehmen genau umgekehrt.

Um das zu durchbrechen, brauchen wir verantwortungsvolle Regierungen und Unternehmen. Als fast historisch kann in diesem Zusammenhang die Vereinbarung zwischen Greenpeace und Mc Donalds beziehungsweise Mc Donalds und den fünf größten Sojakonzernen gelten.

Auf massiven öffentlichen Druck hin, haben sich diese fünf Konzerne dazu verpflichtet, für zunächst zwei Jahre nicht mehr mit Soja zu handeln, das aus gerodeten Gebieten stammt. Dies wird nachhaltigen Einfluss auf den brasilianischen Sojaanbau haben.

Wir brauchen über solche Beispiele hinaus dringend vernünftige Rahmenbedingungen für diesen neuen boomenden Markt wie den Agrarhandel insgesamt. Gerade in den AKP-Ländern besteht jetzt die Chance, den bestehenden Zuckeranbau zu modernisieren und ihn nachhaltig und sozial auszurichten. Wenn die nationalen Aktionspläne, die mit der EU vereinbart werden, genau das bewirken, dann kann der Zuckeranbau in Nord wie Süd eine gute Zukunft haben.

Und last but not least darf der Bioenergieboom nicht dazu führen, dass wir unsere Bestrebungen im Bereich des Energiesparens – wie die Energieeffizienz – vernachlässigen. Energiesparen und der Umstieg auf nachhaltige Energielieferanten müssen einhergehen.

### Schlussbemerkung

Für Nordrhein-Westfalen ist der Zuckermarkt ein gutes Beispiel, um uns als fairer Partner im Welthandel zu erweisen. Spenden und Entwicklungshilfe sind das eine. Ein fairer Handelspartner zu sein ist ein anspruchsvolles und komplexes Anliegen.

Um diesem Anliegen gerecht zu werden, wird mein Haus weiterhin die entwicklungspolitische Bildungsarbeit fördern, die den Menschen in Nordrhein-Westfalen diese Themen näher bringt. Aber auch darüber hinaus gilt es neue Akzente zu setzen. Das Land wird sich internationaler ausrichten und auf Initiative meines Hauses hin die Zusammenarbeit mit bestimmten Entwicklungsländern verstärken.

Wir müssen uns um das Thema aktiv kümmern, auch unter entwicklungspolitischer Perspektive. So hat mein Haus gemeinsam mit Germanwatch und dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik bereits begonnen dafür Vorschläge zu erarbeiten.

Ich wünsche Ihnen nun spannende Diskussionen und bin neugierig auf Ihre Vorschläge, die sich aus dem Zuckerdialog ergeben.

## Interview mit Keeper Gumbo<sup>2</sup>

Präsident der SPAWUM (Sugar Plantation and Agricultural Union of Malawi)

**Sie sind Präsident der Organisation SPAWUM – wofür steht sie und wofür setzt sie sich ein?**

SPAWUM versucht, die Arbeiter im Zuckeranbau zu organisieren. Wir haben 60.000 Mitglieder, und wir beschäftigen uns mit der Beziehung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern der Zuckerfirma Illovo. Wir unterstützen die Rechte der Arbeiter, der Kleinbauern und der Arbeiter in der Ethanol-Firma.



Vortrag von Keeper Gumbo am 17.10.06. Mitte: Marie-Luise Fasse MdL, CDU. Rechts: Kerstin Lanje, Germanwatch. Foto: G.Kier

Wenn wir die Menschen organisieren, müssen wir sie für die Rolle der Gewerkschaft sensibilisieren. Wir müssen mit der Firma in Diskussionen an den runden Tisch gehen, was normalerweise für die Verhandlung von verschiedenen Themen genutzt wird. Was wir erreicht haben, sind zum Beispiel Abkommen mit der Firma in Bezug auf Mutterschaftsurlaub oder in Bezug auf die Gehälter, welche jährlich überarbeitet werden. Wir treffen uns mit der Firma fast jeden Monat, um zu besprechen, wie die Arbeitsbedingungen verbessert werden können.

Die Gewerkschaft entstand 1995, kurz nachdem die Regierungsführung von der demokratischen Partei übernommen wurde. Das Hauptbüro ist in Limbe. Wir betreuen zwei Fabriken mit insgesamt etwa 15.000 Arbeitern. Einige der Arbeiter sind Mitglieder der Gewerkschaft, andere nicht, trotzdem handelt die Gewerkschaft die Bedingungen immer für alle Arbeiter aus.

Eine Sache, die wir ausgehandelt haben, ist das Fahrradprogramm. Manche der Arbeiter müssen lange Distanzen während der Arbeit zurücklegen, und wir haben erreicht, dass Arbeiter, die in einem großen Gebiet arbeiten müssen, ein Fahrrad benutzen können, so dass sie nicht soviel Zeit verlieren. Außerdem hatten viele auch kein Fahrzeug, um nach Hause zu kommen. Jetzt bietet die Firma Fahrräder zum Verkauf an, die die Arbeiter entweder erst später bezahlen oder über mehrere Monate abzahlen können.

Viele Arbeiter würden sich gerne weiter bilden, aber sie können die Schulgebühren nicht bezahlen. Die Firma bietet Darlehen dafür an und ermöglicht so den Arbeitern zur Schule zu gehen.

Es gibt ein Anerkennungsabkommen, welches sich mit der Beziehung zwischen den Arbeitgebern und der Gewerkschaft beschäftigt. In diesem Abkommen ist die Gewerkschaft als Geschäftspartner vermerkt. Die Firma muss, was immer sie auch tun oder ändern möchte, erst mit der Gewerkschaft Rücksprache halten. Wir müssen dann entscheiden,

<sup>2</sup> Der Vortrag vom 17.10.06 hatte die gleichen inhaltlichen Schwerpunkte. Da wir die Form des Interviews für anschaulicher halten, wird dieses hier anstelle eines Redemanuskripts wiedergegeben.

was zugunsten und was nicht zugunsten der Arbeiter ist, etwa die Hälfte der Entscheidungen ist nicht zugunsten der Arbeiter.

**Wie sind die Arbeitsbedingungen im Zuckersektor? Wie hoch sind die Löhne, die gezahlt werden?**

Wenn wir uns mit dem Unternehmen treffen, um die Gehälter zu verhandeln, ist der Mindestlohn 6.000 Malawi Kwacha, was etwa 44,40 US Dollar entspricht. Für Malawi ist das sehr viel, und zusammen mit den Privilegien und anderen Anreizen liegt er so gesehen noch höher. Im internationalem Vergleich ist der Lohn nicht der höchste, aber in Malawi, welches ein sehr armes Land ist, ist es der höchste. In Malawi gibt es einige Firmen, die viel weniger als diesen bezahlen.

**Was ist mit den sozialen Arbeitsbedingungen? Müssen die Arbeiter oft unter schlechten Bedingungen arbeiten?**

Schlechte Arbeitsbedingungen gibt es vor allem in Bezug auf das größte Problem der Regierung – bezüglich des Hungers.

Wenn wir schlechte Arbeitsbedingungen sehen, ist das Einzige, was wir tun können, alles zu versuchen, sie zu verbessern. Wir müssen dafür mit dem Arbeitgeber sprechen. Ich hoffe, dass unser Unternehmen ein gutes ist und die Bedingungen für die Arbeitnehmer verbessern wird, und weil es am besten bezahlt, gehe ich auch davon aus.

**Welche Bedeutung hat Ihrer Meinung nach der Zuckersektor und der Zuckermanbau für Malawi? Wie viele Menschen arbeiten in diesem Sektor? Wie wichtig ist dieser für die Entwicklung der Wirtschaft und für Malawi insgesamt?**

Die Firma ist sehr wichtig wegen der Schaffung von Arbeitsplätzen, und für die Regierung aufgrund der Zahlung von Steuern und Zöllen. Im Jahr 2005/2006 wurden etwa 8 Millionen Kwacha an die Regierung bezahlt. Deshalb denken wir, dass die Firma sehr wichtig ist für die Regierung. Sie trägt etwa 5-6% zum BIP von Malawi bei. Dies impliziert, dass so auch zur Armutsbekämpfung beigetragen wird.



Zuckerrohranbau in Großplantagen ist oft mit viel Handarbeit verbunden. Hier ein Feld nach der Erntebereinigung in Nordost-Brasilien.

**Wie bewerten Sie die Politik der EU bezüglich des Zuckersektors?**

Generell ist die Reform der ZMO gut, aber eine paar Bereiche bereiten uns Sorge. Der erste ist der der Beteiligung aller Stakeholder. Aber wenn Änderungen in der Politik vorgenommen werden, müssen alle Stakeholder mit einbezogen werden, damit im Nachhinein keine Probleme entstehen. Die Gewerkschaft war bei diesen Diskussionen nicht involviert, der Arbeitgeber dagegen schon. Man kann die Gewerkschaft nicht übergehen. Die Gewerkschaft wurde erst involviert als die internationale Nahrungsgewerkschaft auf dieses Thema kam. Dann begann die Regierung, auch die Gewerkschaft einzuladen. Es gab viele Treffen in Bezug auf die EU-Reform, aber die Gewerkschaft konnte nicht teilnehmen. Dies ist keine gute Einstellung.

Wir können diese Reform nicht ablehnen. Bis 2009 wird der Preis um 36% reduziert werden. Angesichts dieses Preisverfalls muss die Firma Umstrukturierungen und Kürzungen vornehmen; dies wird zu einem Verlust von Arbeitsplätzen führen. Es gibt eine Reduzierung der Zuckerquote, meines Wissens sind es etwa 5% bis 2006, und ab 2009 ist der

Zugang zum EU-Markt frei. Aber trotz dieses freien Zugangs zum Markt ab 2009, welcher einen Vorteil für unser Land darstellt, wird es einen Verlust an Arbeitsplätzen geben.

Deshalb ist eine Strategie von Seiten der EU nötig, damit die Menschen nicht ihren Job verlieren. Es muss eine Finanzierung für die Menschen geben, die arbeitslos werden. Das Unternehmen muss jetzt sein Geschäft diversifizieren und als Ergebnis davon Umstrukturierungen vornehmen. Diversifizierung ist gut, weil dies auch gleichzeitig eine Expansion bedeutet. Dies schadet den Arbeitern nicht. Aber die Expansion ist sehr teuer.

Dies sind die negativen Effekte, aber wir gewinnen auch was hinzu. Aber die Gewinne daraus dürfen nicht nur der Firma zu gute kommen, sondern müssen jeden im Land erreichen. Man sollte da nicht nur auf die Einnahmen schauen und auf die Regierungsinfrastruktur, sondern auch, wie man mehr Arbeitsplätze schaffen kann.

Das Problem bei dieser Reform ist, dass arme Länder wie Malawi sich umstrukturieren müssen. Wir haben ein Programm mit der ILO (International Labour Organisation), mit dem wir solide Beschäftigung erreichen möchten. Aber wenn man jemandem eine Beschäftigung anbietet und die Dauer von der EU-Nachfrage abhängig macht, so ist das meiner Ansicht nach keine solide Beschäftigung. Also, wir stimmen den Änderungen der Zuckerreform zu, aber die Dinge sollten nicht nur auf dem Papier stehen, die möglichst sofortige Umsetzung, die Implementierung mit sofortigem Effekt sollte ernsthaft angegangen werden.

Den Eindruck, den wir bekommen, ist, dass die EU nichts verliert, dass ihre Firmen nichts verlieren. Zur Reduzierung der Quoten wurde ihnen Geld gegeben. Also warum sollten sie nun Menschen entlassen? Die Firmen müssen niemanden entlassen, sie müssen keine Umstrukturierungen vornehmen, um andere Geschäftsfelder zu erschließen. Sie müssen nun diversifizieren. Wir sind ein sehr großes Land mit vielen Kleinbauern. Es müssen nun die Kleinbauern gefördert werden, so dass Arbeitslose ihren Lebensunterhalt als Kleinbauern verdienen können.

Der Nachteil des Zuckerhandels mit der EU ist die weite Entfernung. Dies ist ein sehr großes Problem. Wir transportieren den Zucker nach Mosambik zum Hafen. Es wäre sehr wichtig, bald eine Eisenbahnverbindung zu haben, weil dies den Transport deutlich verbilligen würde; so müsste man weniger Menschen entlassen. Die EU könnte dies unterstützen. Das ist der einzige Aufruf, den ich machen kann.

Was wir nun von der EU brauchen, ist die Schaffung eines Darlehensfonds für Kleinbauern. Sie haben nur die staatliche Finanzierung, aber diese ist schwierig, und so haben sie große Probleme. Daher brauchen diese Kleinbauern Unterstützung in Form von Darlehen.

### **Wird Malawi einer der Gewinner der Reform sein, oder eher ein Verlierer?**

Ich hoffe, Malawi wird ein Gewinner sein, weil die Firmen dort schon wettbewerbsfähig sind. Wenn das Unternehmen schon wettbewerbsfähig ist, denke ich nicht, dass es verlieren wird. Wir werden durch die EU-Reform nicht verlieren. Aber es wird einen Verlust von Arbeitsplätzen geben, der gestoppt werden muss, so dass jeder in Malawi diese Reform begrüßt. Die Sorge ist, dass die Diversifizierung der Geschäfte sichergestellt werden muss, was hoffentlich zu einer Expansion führt, so dass Firmen und die Regierung Arbeit für Malawier schaffen. Dies ist ein Weg, die Armut zu reduzieren.



Ghanaer, der Zuckerrohr auf dem Kopf zum lokalen Markt trägt. Foto: Simone Windfuhr

# Germanwatch-Positionspapier zur Reform der Zuckermarktordnung<sup>3</sup>

## Vorschläge für eine sozial und ökologisch orientierte Zuckerwirtschaftspolitik

Die von der Europäischen Union im November 2005 beschlossene Reform der Zuckermarktordnung hat den bisherigen Rahmen der Zuckerwirtschaft substantiell verändert und erste wichtige Schritte zu einer notwendigen Reform der alten Marktordnung eingeleitet. Insgesamt ist der Reformschritt aber weder entwicklungspolitisch noch aus Sicht der ländlichen Entwicklung in der EU optimal. Germanwatch hat im Rahmen eines Dialogprozesses die zu erwartenden Auswirkungen mit den verschiedensten Akteuren diskutiert. Mit diesem Papier stellt Germanwatch erste Schlussfolgerungen vor und präsentiert einige Vorschläge für mögliche weitere, ergänzende Reformschritte. In manchen Bereichen ist zunächst weiterer Forschungsbedarf nötig, bevor Schlussfolgerungen gezogen werden können. Der entsprechende Forschungs- und Analysebedarf wird hier benannt.

An dem von Germanwatch initiierten Zuckerdialo haben zahlreiche Akteure aus der Zuckerwirtschaft und der Landwirtschaft in der EU sowie aus den AKP-Ländern<sup>4</sup> und von den anderen LDC<sup>5</sup>, der Landwirtschaft, der Politik, und von Nichtregierungsorganisationen teilgenommen. Die hier vorgestellten Schlussfolgerungen und Vorschläge sind kein mit allen Dialogpartnern abgestimmtes Ergebnis des Dialogprozesses, sondern stellen ausschließlich die Position von Germanwatch dar. Sie sind im Folgenden in drei Themenbereiche zusammengefasst:

- A. Die Notwendigkeit, die Entschädigungsleistungen bzw. Anpassungshilfen für die Länder, die es am nötigsten haben, zu ergänzen und zu erweitern,
- B. eine gerechte und effektive Verteilung der noch bestehenden Vorteile aus der Zuckermarktordnung und
- C. die Entwicklung von Vorschlägen für die Integration weitergehender ökologischer und sozialer Aspekte in die zukünftigen Zuckerwirtschaftsbeziehungen.



Tobias Reichert (Germanwatch) bei der Vorstellung des Positionspapiers am 17.10.06. Foto: G.Kier

---

<sup>3</sup> Der Entwurf des Positionspapiers wurde den TeilnehmerInnen vorab zugeschickt und diente als Diskussionsgrundlage für die Konferenz am 17.10.06. An dieser Stelle ist die nach der Konferenz fertiggestellte Fassung abgedruckt.

<sup>4</sup> Afrika, Karibik, Pazifik

<sup>5</sup> Least Developed Countries, wirtschaftlich am wenigsten entwickelte Länder

## **A. Entschädigung und Anpassungshilfen**

### **A.1 Ausgleich für Verluste in AKP- und LDC-Ländern – Kompensation und nationale Aktionspläne**

Die zu erwartenden Verluste der AKP-Staaten mit einer Zuckerquote lassen sich relativ exakt bestimmen. Sie betragen 400 – 500 Millionen Euro jährlich, da diese Länder für die bereits festgelegten Zuckerausporte niedrigere Preise erhalten als ohne Reform.

Für solche LDC, die nicht zu der Gruppe der AKP-Staaten zählen, stellt sich die Situation anders dar: Noch im Jahr 2005 waren die Zuckerausporte dieser Ländergruppe in die EU recht gering. Sie hatten einen Wert von ca. 65 Millionen Euro. Nach Aufhebung der Quoten in 2009 wird jedoch ein starker Anstieg der Exporte in die EU erwartet. Gegenüber 2005 ist ein Zuwachs der Exporte um fast 700 Millionen Euro zu erwarten. Nach Schätzungen der EU-Kommission werden dieselben LDC allerdings ab 2012 durch die Reform jährlich bis zu einer Milliarde Euro weniger einnehmen als ohne Reform. Diese LDC hätten ohne die Reform ebenfalls einen unbegrenzten Zugang zum EU-Markt gehabt, allerdings zu den alten hohen Preisen. LDC werden also mit mehr Einnahmen rechnen können – wenn auch in geringerem Umfang als erwartet. Da es sich gleichzeitig um die ärmsten Länder handelt, sind bessere wirtschaftliche Perspektiven besonders nötig und zu begrüßen.

Die AKP-Zuckerprotokollländer erhalten von der EU keine Ausgleichszahlungen. Stattdessen wird die EU mit den Ländern nationale Aktionspläne auflegen. Mit ihnen soll entweder die Wettbewerbsfähigkeit der Zuckerwirtschaft gestärkt oder die Produktion diversifiziert sowie die sozialen und ökologischen Folgen abgemildert werden. Die Höhe der Finanzierung der Aktionspläne ist für das erste Jahr auf 40 Millionen Euro festgelegt – also beträgt sie nicht einmal zehn Prozent der zu erwartenden Einnahmeausfälle. Für den Zeitraum von 2007 – 2013 sind dann insgesamt 1,24 Mrd. Euro vorgesehen. Die Mittel für die nationalen Aktionspläne sollen aus dem Entwicklungsbudget der EU finanziert werden – und stehen damit in Konkurrenz zu Zielen wie der Bekämpfung von HIV/AIDS. Die Vergabe der Mittel ist zudem unklar. Für die LDC, die nicht zu den AKP-Staaten gehören, sind keine zusätzlichen Mittel vorgesehen. Die AKP-Staaten werden deshalb bei der Zuckermarktreform erheblich stärker verlieren als die europäischen Zuckerbauern.

Die Ausgleichszahlungen für AKP-Staaten sollten daher in ähnlichem Umfang stattfinden wie für EU-Landwirte und etwa 60 Prozent der Einnahmeausfälle umfassen, also 250 – 300 Millionen Euro. Diese Mittel sollten aus dem Agrarbudget finanziert werden, z.B. aus eingesparten Mitteln für Exportsubventionen. Gegebenenfalls kann eine zusätzliche Abgabe von den Rohrzuckerraffinerien in der EU erwogen werden, die jahrzehntelang von dem Verbot der Weißzuckerimporte aus AKP-Staaten profitiert haben. Den LDC sollte der Einnahmeausfall ausgeglichen werden, der durch die Senkung der Preise für 2005 – also der vor Beginn der Reform exportierten Mengen – entsteht, das sind etwa 20 Millionen Euro. Für die erwarteten und nun entgangenen Exportsteigerungen müssen die LDC nicht direkt entschädigt werden, da es sich um noch nie realisierte zukünftige Einnahmen handelt. Aber die Entwicklungshilfe für ländliche Entwicklung in diesen Ländern sollte deutlich erhöht werden.

Da die Situation der Zuckersektoren in jedem Land unterschiedlich ist, sollten die Ausgleichszahlungen flexibel eingesetzt werden können. Sie sollten in dem Sinne verstanden werden, nicht nur finanzielle Hilfe zur Umstrukturierung und Anpassung der Produktion zu leisten, sondern auch technische Hilfe. Um den Ländern im Einzelnen gerecht zu werden, ist es zu begrüßen, dass die Umstrukturierungen im Rahmen von nationalen Aktionsplänen stattfinden. Diese können entweder die Steigerung der Effizienz im Zuckersktor fördern oder für die Diversifizierung auf andere Produkte genutzt werden. Aller-

dings sollte nicht, wie derzeit, ein Großteil der Mittel zur Bildung von Institutionen verwendet werden, sondern direkt dem Zuckerrohrsektor zugute kommen.

Die im Rahmen der Nationalen Aktionspläne zu verhandelnden Unterstützungsprogramme für die AKP/LDC-Länder müssen so gestaltet werden, dass sie eine sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung der Zuckerwirtschaft beziehungsweise einen nachhaltigen Anbau alternativer Kulturpflanzen und deren Weiterverarbeitung fördern (siehe auch C. Perspektiven). Da Gewerkschaften für die Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der Wertschöpfungskette Zucker eine immense Rolle spielen, sollten ihre Rechte gestärkt und ihre finanziellen Mittel gesteigert werden.

## **A. 2 Ausgleichs- und Anpassungshilfen für Landwirte in NRW, Deutschland und Europa – Ländliche Räume fördern**

Die Landwirte in der EU bekommen die Verluste durch die neue Zuckermarktordnung zu 64 Prozent ausgeglichen. Dieser Ausgleich muss gemäß der Logik der EU von der Produktion entkoppelt werden. Die Ausgestaltung als betriebsindividuelle Direktzahlung hat zur Folge, dass große Betriebe mit besonders hoher Zuckerquote besonders hohe Zahlungen erhalten. Diese sind einerseits natürlich besonders stark von den Preissenkungen betroffen, andererseits handelt es sich um Betriebe, die ein überdurchschnittliches Einkommen haben. Dagegen gibt es keine spezielle Unterstützung von Betrieben, welche die Rübenproduktion ganz aufgeben müssen – zum Beispiel deshalb, weil die Transportwege durch die Schließung von Zuckerfabriken zu lang werden. In NRW könnte dies vor allem die Region um Soest betreffen. Eine Umverteilung der Anpassungshilfen zugunsten dieser Landwirte wäre auch aus Sicht der Ländlichen Entwicklung wünschenswert. Ergänzend könnte eine spezielle Unterstützung durch Programme der Ländlichen Entwicklung im Rahmen der 2. Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik<sup>6</sup> in Betracht gezogen werden.

Die EU-Mittel für die 2. Säule sind allerdings besonders stark von den Kürzungen im EU-Budget für 2007-2013 betroffen. Um dies auszugleichen, sollten Deutschland und NRW von der Möglichkeit der zusätzlichen Modulation<sup>7</sup> der Direktzahlungen – und zwar aller, nicht nur der von Zucker – bis zu 20 Prozent Gebrauch machen. Oberhalb einer noch zu bestimmenden Freigrenze pro Betrieb sollten die Direktzahlungen um diesen Anteil gekürzt und in die 2. Säule umgeschichtet werden.

## **B. Gerechte und effektive Verteilung der noch verbleibenden Vorteile**

Auch nach der Reform herrscht auf dem EU-Zuckermarkt noch kein völliger Freihandel – der Zuckerpreis in der EU ist derzeit (Oktober 2006) noch etwa doppelt so hoch wie der Weltmarktpreis. Daher ist sie weiter ein attraktiver Markt und Präferenzen sind wertvoll. Auch für Landwirte in der EU bleiben Zuckerrüben vorerst attraktiver als andere Ackerfrüchte.

### **B.1 Vollständige Abschaffung der Exportsubventionen**

Ein wichtiger Auslöser für die Reform der Zuckermarktordnung war die Niederlage der EU im WTO-Streitfall gegen Brasilien. Die EU wurde dadurch gezwungen, ihre Zuckerexporte tatsächlich auf die im WTO-Abkommen festgelegte Höchstmenge für subventionierte Exporte von knapp 1,3 Millionen Tonnen zu begrenzen. In den festgefahrenen Verhandlungen in der Doha-Runde hatte die EU bereits angeboten, alle subventionierten Exporte bis 2013 abzuschaffen.

---

<sup>6</sup> 1. Säule: Marktordnungen, Direktzahlungen; 2. Säule: Ländliche Entwicklung, inkl. Agrarumweltprogramme

<sup>7</sup> eine obligatorische, zeitlich gestaffelte Kürzung der Direktzahlungen (Modulation) zur Verstärkung der Mittel für die Förderung der ländlichen Entwicklung (2. Säule).

Die EU sollte dies auch dann umsetzen, wenn die WTO-Verhandlungen scheitern oder vertagt werden. Sie würde damit die Weltmärkte weiter entlasten und zu einer Stabilisierung des Zuckerpreises beitragen. Die eingesparten Mittel in Höhe von knapp 400 Millionen Euro können für die Kompensation der AKP-Staaten und die Unterstützung der LDC eingesetzt werden.

## B.2 Dreiecksgeschäfte

Innerhalb der „**Alles außer Waffen**“ Initiative (EBA, Everything but arms) ist ein zollfreier Zugang in die EU für die 50 Least Developed Countries festgelegt, der ab 2009 auch für Zucker gilt (Übergangsregeln: 2001/02 durften 74.000 Tonnen zollfrei eingeführt werden. Diese Quote steigt jährlich um 15 Prozent). Ab 2009 ist der Marktzugang quotenfrei. Allerdings hat die EU hier eine Sicherheitsklausel eingebaut, die den Marktzugang der ärmsten Länder doch wieder begrenzen kann. Sollten die Importe aus einem EBA-Land in die EU in einem Jahr mehr als 25 Prozent steigen, kann die EU diese Importe begrenzen.

Die europäische Zuckerwirtschaft befürchtet, dass durch sogenannte Dreiecksgeschäfte die Zuckerexporte der LDC rasch ansteigen könnten. Dabei importiert ein LDC Zucker zum Weltmarktpreis, z.B. aus Brasilien. Dieser wird für den Eigenkonsum genutzt und der Großteil des im Land produzierten Zuckers wird exportiert.

Wirtschaftlich ist dieses Vorgehen für die LDC und AKP-Staaten lukrativ, so lange die inländischen Produktionskosten über den Weltmarktpreisen aber unterhalb der EU-Preise liegen. Das EBA-Abkommen lässt diese Art von Dreiecksgeschäften zu. Dagegen würde der Import von brasilianischem Rohzucker, die Raffination und der Re-Export in die EU gegen die Ursprungsregeln des EU-Präferenzsystems, zu dem auch EBA gehört, verstoßen.

Diese Regelung entspricht dem Ziel, die ländliche Entwicklung in LDC durch den Aufbau von Zuckermanbau und -verarbeitung zu fördern. Der Export zum höheren EU-Preis schafft Anreize zum Anbau von Zucker in LDC. Die reine Weiterverarbeitung zum Re-Export hätte dagegen in erheblich geringerem Maße positive Auswirkungen auf ländliche Räume, durch die Schaffung nicht-landwirtschaftlicher Arbeitsplätze. Dabei wäre zudem die Gefahr groß, dass sowohl EU-Exporte als auch die inländische Nachfrage durch Importe gedeckt und damit die inländische Zuckerproduktion verdrängt würde und dadurch insgesamt Arbeitsplätze verloren gehen würden.

Die derzeit geltenden Ursprungsregeln sollten daher im Kern beibehalten werden. Es muss darauf geachtet werden, dass aus LDC nicht mehr Zucker exportiert als dort angebaut wird. LDC und AKP-Staaten sollten auch beim Aufbau von Raffinerien für Weißzucker unterstützt werden, den sie ab 2009 zoll- und quotenfrei in die EU exportieren können. Das bietet ihnen die Möglichkeit, entsprechende Verarbeitungskapazitäten für heimischen Zucker aufzubauen und stärker von der Wertschöpfung zu profitieren.

Da die Weltmarktpreise tendenziell steigen, ist ohnehin fraglich, wie groß das Ausmaß der Dreiecksgeschäfte mittelfristig sein wird.

## B.3 Wirtschaftspartnerschaftsabkommen

In den gerade verhandelten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen<sup>8</sup> müssen die Belange der Zucker exportierenden AKP-Länder berücksichtigt werden. Das Cotonou-Abkommen enthält spezielle Präferenzen für alle AKP-Länder, die über jene, die anderen Entwicklungsländern gewährt werden, weit hinaus gehen. Sie haben somit keinen Bestand vor der

---

<sup>8</sup> Abk. WPA, engl. EPA, Economic Partnership Agreement. Nachfolge des Lomé- bzw. des Cotonou-Abkommen zwischen der EU und AKP-Staaten zur Förderung der Entwicklungsländer.

Welthandelsorganisation, die solche zusätzlichen Präferenzen nur für LDC zulässt oder dann, wenn sie auf transparenten Kriterien basieren. Als Alternative zu den Präferenzen werden zur Zeit im Rahmen des Cotonou-Abkommens solche Wirtschaftspartnerschafts-abkommen (WPA) zwischen der EU und regionalen Gruppen von AKP-Staaten verhandelt. Die WPA sind jedoch sehr umstritten. Kritisiert werden u.a. die Reziprozität der Marktöffnungen, die Auswahl der Regionen, mit der die EU verhandelt und die Reichweite der WPA, welche Bereiche umfassen, die in den WTO-Verhandlungen nicht vorkommen, wie Investitionen.

Das Zuckerprotokoll wurde 1975 als Anhang zum Lomé-Abkommen verabschiedet und ist zeitlich nicht befristet. Es regelt die garantierte zollfreie Einfuhr von jährlich 1,3 Millionen Tonnen Zucker aus 19 AKP-Ländern in die EU. Diese Quoten sind historisch zu erklären, aus entwicklungspolitischer Sicht sind sie nicht zu begründen. Beispielsweise haben einige AKP-Staaten ein sehr hohes Pro-Kopf-Einkommen im Vergleich zu anderen Ländern, die über keinen präferenziellen Marktzugang verfügen. Die Quoten sind zudem sehr ungleich verteilt: Auf Mauritius (alleine 38 Prozent), Fidschi, Guyana, Jamaika und Swaziland entfallen über 80 Prozent der gesamten AKP-Quoten. Die 15 weiteren Länder haben nur geringe Lieferquoten für den EU-Markt. Die meisten davon sind LDC, auf die 180.000 t oder knapp 14 Prozent der AKP-Quoten entfallen. Ab 2009 können diese ohnehin unbegrenzte Mengen in die EU exportieren und die AKP-Quoten werden für sie bedeutungslos.

Wie die Präferenzen für AKP-Länder insgesamt, stehen auch die Quoten des Zuckerprotokolls im Widerspruch zu den Regeln der WTO. Das Schicksal des Zuckerprotokolls in den Verhandlungen ist noch völlig offen. Soll es nicht gekündigt werden, könnte entweder der Zuckersektor vollständig in die WPA einbezogen werden. D.h. es gäbe einen zoll- und quotenfreien Marktzugang nicht nur für LDC sondern für alle AKP-Staaten. Alternativ wäre es unter Umständen möglich, die 1,1 Millionen Tonnen Zuckerquote, die auf AKP-Staaten entfallen, die keine LDC sind, nach entwicklungspolitischen Kriterien neu zu verteilen. Dazu sollten dann – wie beim Allgemeinen Präferenzsystem der EU – auch klare sozial- und umweltpolitische Kriterien zählen. Die verschiedenen Optionen müssen in Zusammenarbeit mit Regierungen und Zivilgesellschaft der AKP-Staaten untersucht und diskutiert werden, um zu einer tragfähigen Lösung zu kommen.

### **C. Vorschläge zur Integration weitergehender sozialer und ökologischer Anliegen**

Mittelfristig ist Zuckermanbau in LDC und AKP-Staaten entwicklungspolitisch nur sinnvoll, wenn dabei ausreichende ökologische und soziale Standards eingehalten werden. Die auch nach der Preissenkung in der EU geltenden Preise machen dies in vielen Ländern grundsätzlich möglich. Die Präferenzen zum Zugang sollten daher an diese Standards gekoppelt werden, gleichzeitig müssen Regierungen und Unternehmen bei der Einhaltung der Standards unterstützt werden. Bioethanol aus LDC kann wie alle Produkte im Rahmen der EBA-Initiative zoll- und quotenfrei in die EU eingeführt werden. Die Frage einer Förderung der Exportproduktion bedarf noch intensiverer Forschung.

#### **C.1. Förderung von Umwelt- und Sozialstandards**

Die Verknüpfung von Marktzugang mit Umwelt- und Sozialstandards ist oftmals ein sehr prekäres Thema. Aus Sicht vieler Akteure in Entwicklungsländern werden so Handelshindernisse geschaffen, um sie vom Markt fernzuhalten. Gleichzeitig ist der Anbau von Zuckerrohr, gerade auf Großplantagen, in vielen Ländern mit schwersten ökologischen und sozialen Problemen verknüpft. Daher sollten global anerkannte Mindeststandards eingefordert und mit gezielter Unterstützung zu ihrer Durchsetzung verknüpft werden.

Als Grundlage für Sozial- und Umweltstandards sollen internationale Vereinbarungen und Abkommen dienen. Hier gibt es bereits zentrale Referenzstandards von der Internati-

onalen Arbeitsorganisation (ILO) (Kernarbeitsnormen, weitere ILO-Konventionen zu Arbeitszeiten, Mindestlohn, indigene Völker), der UN-Landwirtschaftsorganisation FAO und in zahlreichen multilateralen Umweltabkommen. Das Cotonou-Abkommen nimmt auf diese positiv Bezug. Auch das Allgemeine Präferenzsystem der EU ist mit diesen Standards verknüpft. So können Präferenzen entzogen werden, wenn ein Land grundlegende Standards schwer und dauerhaft verletzt. Andererseits können Länder, die sich umfassend zur Einhaltung sozialer und ökologischer Standards verpflichten, zusätzliche Präferenzen erhalten. Dieser Ansatz sollte auch bei den Präferenzen im Zuckersektor verfolgt werden, allerdings – und nicht nur dort – verbunden mit gezielter Unterstützung bei der Umsetzung der Standards. Die Unterstützung bei der Umstrukturierung des Zuckersektors in AKP-Ländern bietet hier einen guten Ansatzpunkt, ebenso wie Unterstützung beim Aufbau einer Zuckerindustrie in LDC. Bei beidem sollten ökologische und soziale Erwägungen eine zentrale Rolle spielen.

## C.2 Zucker für die Verwendung als Ethanol

Aus Zuckerrohr und -rüben kann nicht nur Zucker, sondern auch Ethanol für die Kraftstoffnutzung produziert werden. Zucker ist damit einer der Grundstoffe für die sogenannten Biokraftstoffe (Biofuels). Derzeit besteht bei einigen Akteuren große Hoffnung, dass Ethanol eine Antwort auf die großen Fragen der Unabhängigkeit vom Erdöl, des Klimaschutzes und für Landwirte in Süd und Nord sein könnte. Tatsächlich lässt sich eine rasante Entwicklung – getrieben von den hohen (wenn auch jetzt wieder etwas gesunkenen) Ölpreisen getrieben -, beobachten. Aus Landwirten werden Kraftstoffwirte, die möglicherweise so für ihre Produkte höhere Preise erzielen. Auf dem WTO-Symposium im September 2006 in Genf wurde gar die Hoffnung geäußert, dass dadurch die Subventionen für die Landwirtschaft überflüssig werden und sich der Streitpunkt für das vorläufige Scheitern der Doha-Runde auflösen könnte.

Für die Industrieländer lässt sich sagen, dass die jetzt auf dem Markt befindlichen Formen des Biosprit – einschließlich Ethanol – nur eine untergeordnete Rolle zur Frage der Energiesicherheit und des Klimaschutzes spielen werden. Die entscheidende Frage im Verkehrsbereich diesbezüglich ist, ob es gelingt, durch verbindliche Rahmensetzung eine deutliche Verbrauchsreduktion der Autofлотten anzustoßen. Biosprit kann eine solche Strategie nur ergänzen, es wäre kontraproduktiv, wollte man sie durch ihn ersetzen.

Interessant könnte die Produktion von Biosprit – einschließlich Ethanol – für Least Developed Countries sein. Dort ließe sich – angesichts des geringeren Verbrauchs – viel eher die Abhängigkeit von importiertem Erdöl senken. Alleine für den Ölpreisanstieg der letzten beiden Jahre zahlen die Entwicklungsländer mehr als sie insgesamt als Entwicklungshilfe erhalten. Die Erzeugung kann statt dessen lokale Wertschöpfung und Arbeitsplätze generieren. Daneben leistet eine solche Strategie einen Beitrag für den Klimaschutz und – etwa wegen verringerter Bleimissionen – auch in anderer Hinsicht für die Umwelt. In Länderstudien sollte geklärt werden, ob diese positiven Effekte tatsächlich zu erwarten sind, bevor Anpassungshilfen für Vertragsstaaten des AKP-Zuckerprotokolls und Entwicklungshilfemittel allgemein zur Entwicklung des Ethanolsektors eingesetzt werden.

Wesentlich größere Probleme können entstehen, wenn der Biosprit, etwa Ethanol, in LDC für den Export erzeugt wird. Ein Teil der Beobachter hält es für ausgemacht, dass dann internationale Konzerne die Spritzerzeugung in die Hand nehmen und die lokale Wertschöpfung und die Situation der Kleinbauern sich nicht verbessert. Monokulturen und gentechnikgestützte Plantagenwirtschaft werden als wahrscheinliche Konsequenzen betrachtet. Da Ethanol auch aus Getreide gewonnen oder durch den Zuckerrohranbau für Getreide nutzbare Flächen belegt werden können, kann leicht auch eine Konkurrenz zwischen Kraftstoff und Nahrungsmitteln für die Ärmsten entstehen. Gerade auch der immense Flächenverbrauch für Ethanol aus Zuckerrohr wirft hier Fragen auf.

Diese Frage der Nahrungsmittelkonkurrenz gewinnt vor der sich verändernden Verfügbarkeit von Getreide weltweit erheblich an Brisanz. Wir erleben derzeit (Oktober 2006) den höchsten Getreidepreis seit zehn und die geringsten Weltgetreidevorräte seit 20 Jahren. Aufgrund des steigenden Getreidebedarfs durch eine wachsende Bevölkerung, der Umstellung auf tierische Lebensmittel (wozu ein Mehrfaches an landwirtschaftlicher Fläche wie beim direkten Verzehr von Getreide notwendig ist) und zunehmend der explodierenden Nachfrage nach Biosprit steigt weltweit die Nachfrage nach Getreide. Zugleich ist aber seit 1996 (mit der Ausnahme von 2004) im weltweiten Durchschnitt keine Steigerung des Angebots mehr zu verzeichnen. 2006 zeichnet sich – vor allem wegen der Hitzewellen und Dürren in Australien, Indien, Argentinien und der EU – ein Rückgang des weltweiten Angebots um etwa fünf Prozent ab. Vor diesem Hintergrund muss die Frage der Konkurrenz von Nahrungsmittelerzeugung und Spritproduktion sehr grundsätzlich diskutiert werden. Immenser Bedarf ohne Kaufkraft gerade auch nach Energie im ländlichen Raum in Entwicklungsländern steht der Kaufkraft der Autofahrer entgegen. Natürlich kann es durch höhere Preise auch zu positiven Produzenteneffekten in Entwicklungsländern kommen.

Die EU kann vermutlich ihre Mengenziele für Biosprit nur durch einen starken Importanteil erreichen. Das heißt, dass die Frage der Nahrungsmittelkonkurrenz und Preisentwicklung für Getreide auf dem Weltmarkt intensiv beobachtet werden muss. Bevor es Fortschreibungen des Mindestanteils von Biokraftstoffen an allen verkauften Kraftstoffen über die angepeilten 5,75 Prozent für 2010 hinaus kommt, muss die Frage gründlich evaluiert werden. Vermutlich kommt für darüber hinausreichende Mengenziele nur Biosprit der zweiten Generation, der wesentlich höhere Wirkungsgrade erzielt und die gesamte Pflanze nutzt, in Frage.

Zertifizierte Nachhaltigkeitskriterien für die Gewinnung von Biokraftstoffen sind zentral, um unerwünschte soziale und ökologische Auswirkungen zu begrenzen. Damit zumindest der Anbau von Biokraftstoffen Nachhaltigkeitskriterien entsprechen kann, sollten Kriterien und Mechanismen für eine transparente und nicht unnötig handelsverzerrende Zertifizierung vorangetrieben werden. Perspektivisch sollten Nachhaltigkeitskriterien für die gesamte Wertschöpfungskette gelten. Es ist wichtig, dass diese bei der Gestaltung von Förderinstrumenten von Biokraftstoffen mit beschlossen werden. Zentrale systemische Auswirkungen – wie möglicherweise steigende Preise für Nahrungsmittel in Entwicklungsländern oder die indirekte Verschiebung von Soja-Anbauflächen in den Regenwald, um Platz für Zuckerrohranbau zu schaffen – sind allerdings durch flächenbezogene Zertifizierung nicht in den Griff zu bekommen. Hier ist zu überprüfen, ob Instrumente der Regionalentwicklung und Raumplanung besser greifen.

Vor allem Biokraftstoffe der zweiten Generation sollten als Teil einer nachhaltigen Energieversorgung weiter intensiv erforscht werden. Allerdings können Biokraftstoffe weder eine Alternative zur Steigerung der Effizienz im Autobereich sein noch sind sie ein Allheilmittel für die agrarpolitischen Probleme der Industrie- und Entwicklungsländer.

*Christoph Bals, Dörte Bernhardt, Kerstin Lanje, Tobias Reichert, Michael Windfuhr*

## Ergebnisse der Arbeitsgruppen

### ***Arbeitsgruppe: Handlungsempfehlungen für die Entwicklungspolitik***

Der Workshop zur Entwicklungspolitik wurde von etwa 20 Personen besucht. Aufgrund des umfangreichen Themas und der heterogenen Gruppe war es am Anfang notwendig zu klären, auf welche Bereiche sich in dieser kurzen Arbeitsphase beschränkt werden soll. Es setzte sich der Vorschlag durch, die Themenbereiche zu diskutieren, die noch verhandelbar sind und nicht schon feststehen – wie zum Beispiel die Zuckermarktreform an sich. Es wurden mehrere Themengebiete ausgemacht in denen noch Entscheidungsspielräume vorhanden sind und ein Nachbesserungsbedarf besteht. Unter anderem wurden die nationalen Aktionspläne benannt, die in der Regel nicht bekannt sind. Die Finanzierung dieser Aktionspläne aus Entwicklungsgeldern ist sehr umstritten, da dann diese Gelder für Aufgaben der Entwicklungsunterstützung, wie zum Beispiel der HIV und AIDS-Bekämpfung, nicht zur Verfügung stehen. Diskutiert wurden auch die Regelungen zu den SWAPs, bei denen unklar ist, in welcher Form die EU ihre Möglichkeiten der Kontrolle und Durchsetzung wahrnehmen wird. Mögliche Regelungen wären z.B., dass 80 % der Wertschöpfung im Land erzielt werden müsste oder, dass der den Export in die EU auf 100 % der inländischen Gesamtzuckerproduktion zu beschränken.

Weiterhin wurde diskutiert, dass die Beschränkung der EU auf einen maximale Importsteigerung von 25 % pro Jahr besonders Länder diskriminiert, die bisher nur sehr wenig Zucker in die EU exportiert haben.

Als mögliche Forderungen an die Politik wurden folgende Punkte formuliert:

1. Mehr Transparenz bei den Aktionsplänen
2. Eine Änderung der Quotenverteilung zum Beispiel mit der Quotenvergabe an die Gewerkschaften anstatt an die Konzerne
3. Förderung der Zusammenarbeit zwischen AKP- und LDC-Ländern
4. Die Forderung nach einer Übergangsregelung in Bezug auf die SWAPs z.B einen Greifen der 25% Klausel erst ab 2013.



Zuckerrohrfeld in Ghana: Subsistenzlandwirtschaft für Eigenbedarf und lokale Märkte. Foto: Simone Windfuhr

### **Kommentar zu den Ergebnissen des Zuckerdialogs von Dr. Rudolf Buntzel, EED**

Der Dialog war bitter notwendig, weil sich viele halb wahre Argumente auf beiden Seiten der Debatte eingeschlichen haben. So wurde auf Seiten der deutschen Zuckerwirtschaft oft überspitzt polemisiert gegen Importzucker aus den Entwicklungsländern. Man diffamierte ihn pauschal als eine Produktionsweise, die nur Zuckerbaronen dient und die Arbeitsrechte mit Füßen tritt. Auf Seiten der Entwicklungsorganisationen traf man oft auf wenig Verständnis für die Existenzsorgen der europäischen Zuckeranbauer. Der Germanwatch-Dialog hat auf beiden Seiten einen Differenzierungs- und Nachdenkprozess eingeleitet. Besonders wichtig war die Einschaltung der Sichtweise der Betroffenen des Zuckerrohranbaus aus Afrika selbst, in Form von der Zuckerarbeitsgewerkschaft oder der Zuckerrohranbauer. Die Skepsis auf allen Seiten in Europa gegen Plantagenwirtschaft und einer kapitalintensiven Exportproduktion konnte zurückgeschraubt werden. Die soziale Bedeutung von Zuckerfabriken und ihren Plantagen für die ländliche Entwicklung in Afrika ist deutlich geworden. Um die armutsbekämpfende Wirkung von Zuckerrohr zu verstärken, wäre es unbedingt wichtig, die Vertreter der Interessenverbände vor Ort selbst in die Konzipierung der Nationalen Aktionspläne und ihre Umsetzung einzubeziehen. Nur so lassen sich Umwelt- und Sozialstandards einführen, die nicht von außen kommen und deren Einhaltung von den Betroffenen selbst überwacht wird. Umstritten blieb bis zum Schluss, wieweit sich die Stärkung der Gewerkschaftsseite mit Hilfe der Instrumente der EU-Agrarreform machen lässt.



Dr. Rudolf Buntzel (Düsseldorf, 17.10.06). Foto: G. Kier

### **Arbeitsgruppe: Handlungsempfehlungen für Zuckerrübenanbauer in NRW**

10 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten über die Auswirkungen der Zuckermarktreform auf die Rübenanbauer in NRW. Es wurde zunächst festgehalten, dass Rübenanbau und Rübenverarbeitung in NRW aufrechterhalten bleiben. Allerdings erleiden die Rübenanbauer erhebliche wirtschaftliche Verluste, die sich nicht auffangen, sondern höchstens abmildern lassen. Sie machen innerbetriebliche Anpassungsmaßnahmen erforderlich. Auch die Zuckerindustrie ist zu deutlichen Anpassungsmaßnahmen gezwungen.

Nach eingehender Diskussion formulierte die Gruppe Handlungsempfehlungen sowohl für die Politik als auch für die Zuckerrübenanbauer. Von der Politik wird zur nachhaltigen Sicherung der Wirtschaftlichkeit des Rübenanbaus und des Zuckerstandorts NRW zunächst Verlässlichkeit in die geschaffenen politischen Rahmenbedingungen erwartet. Das bedeutet, dass keine Inhalte der neuen Zuckermarktordnung in Frage gestellt werden, beispielsweise durch Verhandlungsergebnisse bei WTO und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. Zudem wurden die Einhaltung der Regelungen zum Zuckerimport, die Sicherheit der Ausgleichszahlungen (Zuckerausgleich und Nicht-Antastung der „ersten Säule“) und die Laufzeit der neuen Zuckermarktordnung besonders hervorgehoben.

Weiterhin hielt die Arbeitsgruppe die Förderung der Diversifizierung für wesentlich. Das bezieht sich zum einen auf die Verwertung der Rübe bzw. des Zuckers selbst (z.B. Bioethanol, Chemiezucker) als auch auf Alternativen zum Zuckerrübenanbau. Schließlich

empfahl die Gruppe den Prozess der Umstrukturierung der Zuckerwirtschaft auch unter sozialen Aspekten (z.B. Arbeitsplätze und Infrastruktur im ländlichen Raum) zu begleiten und zu unterstützen.

Die Rübenanbauer müssen nach Ansicht der Gruppe ihre Betriebe an die neuen Rahmenbedingungen anpassen. Die regionale Betroffenheit innerhalb NRW's wurde dabei als sehr unterschiedlich erachtet. Die Betriebsleiter müssen eine Entscheidung treffen, ob sie den Rübenanbau aufgeben, diesen bis zum Erreichen der Altersgrenze weiter betreiben (z.B. wenn kein Hofnachfolger vorhanden ist) oder ob sie im Rübenanbau bleiben und diesen entwickeln wollen. Dazu ist einzelbetrieblich die Konkurrenzfähigkeit der Rübe zu prüfen. Die Betriebe, die weiterhin Zuckerrüben anbauen, müssen sich weiterentwickeln, alle Möglichkeiten zur Kostensenkung (inner- und überbetrieblich) nutzen und die Erträge steigern. Es ist davon auszugehen, dass sich der Rübenanbau in noch stärkerem Maße als bisher auf Gunststandorte konzentriert.

Dr. Peter Kasten

Rheinischer Rübenbauer-Verband e.V.

## ***Arbeitsgruppe: Handlungsempfehlungen für den Bereich Ethanol***

Unter welchen Bedingungen ist die Herstellung von Ethanol eine sinnvolle Alternative für Entwicklungsländer?

Da fossile Energien zunehmend knapp werden und es zudem große Abhängigkeiten von nur wenigen Standorten gibt, wird die Förderung von alternativen Energien gerade im Verkehrssektor immer notwendiger.

Zudem wird gleichzeitig über Alternativen im Zuckersektor nachgedacht, weshalb es sich anbietet, diese beiden Herausforderungen miteinander zu verknüpfen und ein effizientes System, beispielsweise für die Gewinnung von Ethanol als Biokraftstoff aus Zuckerrohr, zu entwickeln.

Während Europa auf Erfahrungen in der Herstellung von Bioethanol aus Getreide und Rüben aufbaut, kann Brasilien in diesem Bereich auf langjährige Erfahrungen mit Zuckerrohr zurückgreifen und hier anderen Entwicklungsländern als Vorbild dienen. Mit dem Ziel des Erfahrungsaustauschs und des Know-how-Transfers erweist sich für andere Süd-Länder eine regionale Süd-Süd-Kooperation mit Brasilien als vernünftig.

Allerdings sollten vor dem Bau von Biokraftstoffanlagen lokale Auswirkungen wissenschaftlich erforscht und bestehende Erfahrungswerte geprüft und diskutiert werden.

Die meisten AKP-Staaten sehen die Ethanolproduktion als sinnvolle Alternative zur Zuckerproduktion. Dabei spielt neben dem Gewinn des Biokraftstoffes auch die Verwertung der Koppelprodukte Strom und Wärme eine Rolle. Vor dem Hintergrund der Importabhängigkeit von Erdöl und den Exportmöglichkeiten des Veredelungsprodukts Biokraftstoff in die Industrieländer stellt Bioethanol eine Chance auf eine höhere Wertschöpfung für die produzierenden Länder dar. Diese Wertschöpfung wiederum kann vorteilhaft für die ländliche Entwicklung sein.

Sollten zuckerproduzierende Entwicklungsländer sich nun verstärkt dem Export von Ethanol zuwenden? Zwar können die LDC und AKP-Länder zollfrei in die EU exportieren und hier die Chance des Absatzes von veredelten Rohstoffen wahrnehmen, andererseits wäre auch eine Strategie der Erstbedienung des heimischen Marktes an zu denken. Hier

sind Länderanalysen notwendig und ratsam, um individuelle Potenziale und Hemmnisse zu erfassen. Zudem ist bei der Ethanolproduktion eine Anpassung der nationalen Energiepolitiken notwendig, da der Aufbau der Produktion nicht von der EU finanziert werden kann.

Ein weiterer Aspekt der Biokraftstoff-Produktion ist die gesamtheitliche Betrachtung/Bilanzierung der Umwelt- und Energiebilanzen. Um Klimaneutralität zu gewährleisten muss ein System der Zertifizierung entwickelt werden, in dessen Rahmen Standards festgelegt werden. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wer solche Standards definieren sollte.

Zusammenfassend möchte die Arbeitsgruppe folgende Handlungsempfehlungen herausgeben:

1. Es muss eine Klima- und Umweltbilanz erstellt werden, damit entlang der gesamten Kette Klimaneutralität gewährleistet wird. Dabei müssen Sozial- und Umweltstandards definiert werden. Das macht eine globale Strategie und einen globalen Dialog für den gesamten Biomassebereich notwendig.
2. Die Ernährungssicherung in LDC und AKP-Staaten darf durch die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen für die Produktion von Bioethanol nicht gefährdet werden (Problematik der Flächenkonkurrenz). Deshalb sollte die Verwertung von Koppelprodukten und Reststoffen Vorrang haben, bevor neue Flächen zur Ethanolproduktion genutzt werden.
3. Es sollte für potenziell ethanolproduzierende Länder immer eine wissenschaftliche Analyse länder- oder regionenspezifischer Faktoren vorgenommen werden bevor weitere politische Ziele festgelegt werden (Erforschung der bisherigen Konsequenzen).
4. Die Versorgung des Binnenmarktes und die Deckung des inländischen Bedarfs an Ethanol in LDC und AKP-Staaten könnte Vorrang vor dessen Export haben. Hier sind länderspezifische Studien notwendig.
5. Vor jeglichem neuen politischen Handeln und der Umsetzung neuer Maßnahmen innerhalb der EU sollten wissenschaftliche Analysen zum Thema Biokraftstoff in der EU durchgeführt werden.

## Anhang

### ***Programm der Abschlusskonferenz***

#### **Die Zukunft des Zuckers – Optionen für eine entwicklungspolitisch, sozial und ökologisch nachhaltige Zuckerpolitik**

##### **17. Oktober 2006, Düsseldorfer Landtag**

13:30 – 15:45

##### **Begrüßung**

Marie-Luise **Fasse** MdL, CDU-Landtagsfraktion, Düsseldorf

Kerstin **Lanje**, Referentin für Welthandel und Ernährung, Germanwatch, Bonn

##### **Die EU-Zuckermarktordnung – Folgen und Chancen für eine nachhaltige Politik in Nordrhein-Westfalen und Europa**

Armin **Laschet**, Minister für Generation, Familie, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

##### **Die Folgen der Zuckermarktordnung für die LDC- und AKP-Staaten**

Keeper **Gumbo**, Sugar Plantation and Agricultural Union of Malawi (SPAWUM), Malawi

##### **Süßer Sprengstoff für die entwicklungspolitische und ökologische Debatte – erste Handlungsempfehlungen aus dem Zuckerdialog von Germanwatch**

Tobias **Reichert**, Vorstand Germanwatch, Berlin

15:45 – 17:00

##### **Diskussion der Handlungsempfehlungen mit allen Teilnehmenden in Arbeitsgruppen**

##### **Handlungsempfehlungen für die Entwicklungspolitik**

Eckhard **Volkmann**, GTZ Berlin

Chris **Bollenbach**, MdL, CDU Landtagsfraktion, Düsseldorf

*Moderation:* Dr. Manuel **Gottschick**, Universität Hamburg

##### **Handlungsempfehlungen für Zuckerrübenbauer in NRW**

Sylvia **Schleker**, Landesarbeitsgemeinschaft der Landjugend Nordrhein-Westfalen, Bonn

Dr. Peter **Kasten**, Rheinischer Rübenbauerverband e.V., Bonn

##### **Handlungsempfehlungen für den Bereich Ethanol aus Zuckerrohr**

Thomas **Breuer**, Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomik, Bonn

Wolfgang **Jenseit**, Öko-Institut, Darmstadt

Claudia **Kraemer**, BMZ Bonn

*Moderation:* Gerald **Knauf**, Forum Umwelt und Entwicklung, Bonn

17:30 – 19:30

##### **Vorstellung der Handlungsempfehlungen und gemeinsame Diskussion**

Thomas **Breuer**, Bonn

Dr. Rudolf **Buntzel**, Evangelischer Entwicklungsdienst, Berlin

Dr. Manuel **Gottschick**, Hamburg

Dr. Peter **Kasten**, Bonn

Friedhelm **Orgies** MdL, CDU-Landtagsfraktion, Düsseldorf

Johannes **Rommel**, Bündnis 90/ Die Grünen, Landtag NRW, Düsseldorf

*Moderation:* Dr. Andrea **Fink-Keßler**, Büro für Agrar- und Regionalentwicklung, Kassel

*Schlusswort:* Eberhard **Neugebohrn**, Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung

ab 19:30 Abschluss mit Zuckerrohr und –rübe

## **Zusammenfassungen der vor dem 17.10.06 durchgeführten Dialogveranstaltungen**

Im Rahmen des Zuckerprojekts führte Germanwatch zahlreiche Veranstaltungen durch, für die jeweils eigenständige, ausführlichere Dokumentationen erstellt wurden (siehe [www.germanwatch.org/zucker.htm](http://www.germanwatch.org/zucker.htm)). Im Folgenden werden einige wichtige Ergebnisse der Veranstaltungen zusammengefasst, jeweils getrennt nach identifizierten Problemen und Handlungsempfehlungen, gegliedert nach den drei Themenbereichen: 1.) Landwirte in Deutschland und NRW, 2.) AKP- und LDC-Staaten, 3.) Biokraftstoffe.

### **Themenbereich: Landwirte in Deutschland und NRW**

*Bielefeld 28. Juni 2005*

#### **Gerhard Kattenstroth**

*Probleme:* Die neue Zuckermarktordnung wird zu großen Gewinneinbußen und Unsicherheiten führen. Die Zuckerrübe war die rentabelste Frucht auf dem Feld für die Landwirte. Die Unsicherheiten in Bezug auf die weitere Entwicklung der Zuckermarktpolitik führen zu Fehlplanungen der Landwirte.

*Handlungsempfehlungen:* Eine Reduktion des Anbaus, so dass nur bis zu 20-25 % Gewinneinbußen entstehen, ist empfehlenswert, da dies für die Landwirte verkraftbar ist. Es müssen Impulse für Innovationen wie Photovoltaik oder Biogasnutzung gegeben werden.

#### **Dr. Peter Kasten (Rheinischer Rübenbauer-Verband)**

*Probleme:* Die vorgeschlagene Reform quotiert die Importmengen nicht und ist deshalb nicht vollständig. Durch unklare Ursprungsregeln entsteht die Gefahr der Dreiecksgeschäfte. Durch eine Reform entsprechend des vorliegenden Vorschlags würden bis zu zwei Drittel der Rüben anbauenden Betriebe den Zuckerrübenanbau und unter Umständen auch den Betrieb aufgeben müssen, da er auch mit Kompensationszahlungen nach der Reform nicht mehr wirtschaftlich wäre. Es entsteht ein starker Anpassungsdruck für die Landwirte.

*Handlungsempfehlungen:* Die Landwirte müssen Entscheidungen treffen, wie sie ihre Betriebe weiterführen können. Wenn der Betrieb in dieser Form weiterbestehen soll, müssen sie Ertragssteigerungen und Kostensenkungen erreichen. Von der politischen Seite ist wichtig, dass verlässliche und ökonomisch vertretbare Rahmenbedingungen geschaffen werden und keine weiteren Belastungen entstehen. Um auf Alternativen wie Bioethanol umzusteigen, müssen staatliche Rahmenbedingungen, wie Schaffung eines Beimischungszwangs und ein Außenschutz gewährt werden.

*Düsseldorf, 21. September 2005*

#### **Friedrich Wilhelm Gräfe zu Baringdorf (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft)**

*Handlungsempfehlungen:* Wichtige Leitlinie sollte die Abkehr von intensiver hin zu bäuerlicher und subsistenzwirtschaftlicher Zuckererzeugung und die Förderung von ökologisch und sozial verbessertem Anbau sein. Weiterbestehen der Zuckermarktordnung sollte an einen sozial-ökologischen Verhaltenskodex für die Zuckerwirtschaft gebunden werden.

**Eckhard Uhlenberg (Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW)**

*Probleme:* Die Reform ist zu massiv, dadurch stehen kleinere und mittlere Anbauer vor dem Aus. Die Möglichkeit der Dreiecksgeschäfte ist vorhanden, da man innerhalb des EBA (Everything but Arms)-Abkommens Zucker in einen LDC (Least Developed Countries)-Staat transportieren kann, um ihn dort zu raffinieren und dann unbegrenzt in die EU einzuführen.

*Handlungsempfehlungen:* Die Möglichkeiten der Swaps muss verhindert werden und Preiskürzungen müssen begrenzt sein, damit sie für die Landwirte verkraftbar sind. Es muss im Norden und im Süden die Anpassung hin zu effizienter und wettbewerbsfähiger Produktion geschehen.

**Dr. Dieter Langendorf (Wirtschaftliche Vereinigung Zucker)**

*Probleme:* Die Reform der ZMO ist zu weitreichend, da es eigentlich nur drei Faktoren gibt, die in der Reform bedacht werden müssten. Diese sind das WTO (World Trade Organization)-Urteil, die weiteren WTO-Verhandlungen mit möglichen Zollsenkungen und die EBA-Initiative. Negative Elemente des Reformvorschlags sind die Abschaffung des Interventionspreises, die Beibehaltung von Produktionsabgaben, die Anhebung der I-soglukosequoten und die Änderung der Chemiezuckerregelung. Dreiecksgeschäfte bringen den Entwicklungsländern keinen Nutzen und schaden dem EU-Markt.

*Handlungsempfehlungen:* Um negative Wirkungen zu verringern, soll Zucker innerhalb der weiteren Verhandlungen der Exportmengen in der WTO als Produkt eingestuft werden, welches aufgrund der Besonderheiten auf dem Weltmarkt Außenschutz benötigt. Außerdem muss das Mengenmanagement der ZMO um Lieferungen aus den LDC und um ein Verbot für Dreiecksgeschäfte ergänzt werden.

**Ulrich Oskamp (Katholische Landvolkbewegung)**

*Probleme:* Die jetzigen Reformvorschläge werden weder den Interessen der Bauern vor Ort noch denen in Entwicklungsländern gerecht.

*Handlungsempfehlungen:* Es muss eine weltmarktpolitische Lösung gefunden werden, die begleitet wird von ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen und die die Nahrungsmittelselbstversorgung der Staaten sicherstellt. Um keinen unzumutbaren Strukturwandel im ländlichen Raum zu fördern, müssen ländliche Arbeitsplätze und kleinbäuerliche Strukturen gesichert werden. Generell sollte die Zuckerselbstversorgung in den Industrieländern nicht aufgegeben werden. Das Quoten- und Preissystem muss beibehalten werden. Bei Einschränkung der Zuckerproduktion auf dem EU-Markt muss genügend Kompensation gezahlt und alternative Verwertungsmöglichkeiten gefördert werden. Den europäischen Bauern muss langfristige Planungssicherheit gegeben werden und möglichst viele Arbeitsplätze im ländlichen Raum sollen gesichert werden.

**Hans Jürgen Hölzmann (Landwirtschaftskammer NRW)**

*Probleme:* Dadurch dass so viele Betriebe aus der Landwirtschaft aussteigen müssen, beginnt ein Strukturwandel. Die neue ZMO beschleunigt den Wandel im ländlichen Raum und führt so zu sozialen Härten. Die meisten möglichen Alternativen enthalten gewisse Unsicherheitsfaktoren in Bezug auf das Einbringen von Einkommen, zum Beispiel beim Umstieg auf Gemüseanbau oder des Aufbaus eines Mastbetriebs.

*Bonn, 26. April 2006*

**Andrea Fink-Keßler (Büro für Agrar- und Regionalentwicklung) und Martin Hofstetter (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft)**

*Probleme:* Für die Landwirte in NRW sind viele Rahmenbedingungen offen, einige Entwicklungen sind nicht klar voraussehbar, wie zum Beispiel zukünftige Standorte der Zu-

ckerverarbeitung, Entwicklung der Importe der AKP- und LDC-Länder, Entwicklung der Weltmarktpreise und Quotenkürzungen. Schwierig sind auch die verschiedenen Ausgangssituationen der Höfe, wie zum Beispiel die starke Spezialisierung der Betriebe im Rheinland oder die betrieblich unterschiedlich hohen Fixkosten und Pachtpreise. Wirtschaftliche Alternativen zur Zuckerrübe und zur Zuckererzeugung aus der Rübe sind auf betrieblicher Ebene schwierig zu finden. Gesamtwirtschaftlich könnte problematisch werden, wenn ab 2009/2010 LDC-Staaten zollfrei importieren können und der Rohzucker durch EU-Raffinerien auf den Binnenmarkt gelangt. Wenn durch die Swap-Geschäfte vermehrt Zucker aus den LDC in die EU gelangt, verringert dies weiter die Notwendigkeit der Eigenproduktion und -verarbeitung.

*Handlungsempfehlungen:* Der Umgang mit den Landwirten und Regionen, die von Umstrukturierung und Rationalisierung betroffen sind, muss anders gestaltet werden.

**Martin Hannen (Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW)**

*Probleme:* Die Erstellung von verschiedenen Szenarien gibt keinen Aufschluss darüber, was die wahrscheinlichen Konsequenzen der Zuckerreform sind, da die Ergebnisse sehr breit gefächert sind.

*Handlungsempfehlungen:* Betriebe sollen entweder die Produktion an Markterfordernisse anpassen oder neue Einkommenszweige aufbauen.

**Silvia Schleker (Landesarbeitsgemeinschaft der Landjugend Nordrhein)**

*Probleme:* Senkung der Deckungsbeiträge, dadurch Gewinneinbußen, dies führt zu existenzgefährdenden Situationen. Die dadurch entstehenden Betriebsaufgaben verändern den ländlichen Raum.

*Handlungsempfehlungen:* Für die Landwirte bleiben als Alternativen: Ertragssteigerung, Ausdehnung oder Rationalisierung der Produktion, neue Produktionsbereiche hinzuzufügen oder im extremsten Fall den Betrieb aufzugeben. Die Politik kann Landwirte durch die Förderung zukunftsweisender Technologien (z.B. Bioethanolanlage, nachwachsende Rohstoffe etc.) unterstützen. Es bedarf der Schaffung gleicher Rahmenbedingungen (Umwelt, Wettbewerb, Produktion) in Deutschland und der EU. Die Landwirte brauchen langfristige Planungssicherheit.

## **Themenbereich: AKP- und LDC-Staaten**

*Bielefeld, 28. Juni 2005*

**Gerhard Kattenstroth**

*Probleme:* Gegenüber den AKP-Staaten hat der Zuckerrübenanbau in NRW eine weitaus größere Nachhaltigkeitskomponente zum Beispiel durch Verringerung der Gewässerbelastung. Das heißt der Zuckerrübenanbau in der EU sollte nicht beendet werden.

*Düsseldorf, 21. September 2005*

**Michael Windfuhr, (Germanwatch)**

*Probleme:* Die subventionierten Exporte der EU senken den Weltmarktpreis und beeinträchtigen so kostengünstige Exporteure und auch die Eigenproduktion der Entwicklungsländer, deren Markt den Preisen nicht standhalten kann. Die Forderung nach der Einführung von Standards kann als Handelsbarriere missbraucht werden. Die Reformgestaltung ist nicht den Zielsetzungen entsprechend. Die Preissenkungen statt einer Mengenreduktion dienen vor allem den Exportinteressen und die AKP-Staaten haben sehr große negative Folgen zu befürchten.

*Handlungsempfehlungen:* Die Zuckererzeugung muss auf unter 90 % des Binnenverbrauchs gesenkt, die Exportsubventionen abgeschafft, der Mindestpreis darf wenn nur moderat gesenkt werden. Der Marktzugang der Entwicklungsländer muss verbessert und alle Präferenzen mit sozialen und ökologischen Mindeststandards verbunden werden. Die Kompensationen für AKP-Staaten müssen aufgestockt und den LDC-Staaten technische und finanzielle Hilfe geleistet werden, damit sie sich an die Zuckermarktreform anpassen können. Es müssen entwicklungspolitisch sinnvolle Maßnahmen zur Vermeidung von Dreiecksgeschäften eingeführt werden.

**Friedrich-Wilhelm Gräfe zu Baringdorf (Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft)**

*Probleme:* Die gestützten Exporte sind handels- und preisverzerrend und bewirken so eine Zerstörung der Wertschöpfungsmöglichkeiten der Landwirte in Entwicklungsländern. Eine komplette Liberalisierung des Zuckermarktes kommt diesem Ziel nicht entgegen, es fördert Konzerne und Monokultur und damit Umweltzerstörung und Verringerung der bäuerlichen Lebensmittelerzeugung. Für LDC-Länder gelten sehr hohe Zölle, die den Zutritt zum Markt verhindern.

*Handlungsempfehlungen:* Die Zuckermarktordnung muss fair gestaltet werden, um den Landwirten in Entwicklungsländern ein Einkommen zu ermöglichen. Am besten durch begrenzte Lieferungen in die EU zu EU-Preisen und keiner kompletten Öffnung der Märkte. Es sollte eine Abkehr von der intensiven Zuckererzeugung hin zu bäuerlicher Zuckererzeugung eingeleitet werden und damit auch die Subsistenzwirtschaft unterstützt werden. Im Exportbereich der Entwicklungs- und Schwellenländer kann durch eine Teil-liberalisierung der Marktzugang mit der Bindung an soziale und ökologische Standards erfolgen.

**Eckhard Uhlenberg (Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW)**

*Probleme:* Durch die Umgestaltung des EU-Zuckermarktes müssen auch die AKP-Staaten Wohlfahrtseinbußen hinnehmen. Die Beibehaltung des hohen Preises im EU-Markt wäre aus entwicklungspolitischer Sicht falsch und ineffizient.

*Handlungsempfehlungen:* AKP-Staaten müssen wie heimische Regionen auch die Anpassung hin zu effizienter und wettbewerbsfähiger Produktion schaffen. Länderspezifische Hilfsprogramme sollen die Anpassung erleichtern.

**Dr. Dieter Langendorf (Wirtschaftliche Vereinigung Zucker)**

*Probleme:* Die Entwicklungsländer haben das Problem, dass sich ihre Erlöse durch die Senkung des EU-Preises reduzieren.

*Handlungsempfehlungen:* Das Mengenmanagement der Zuckermarktordnung muss um Lieferungen aus den LDC ergänzt werden.

**Ulrich Oskamp (Katholische Landvolkbewegung)**

*Probleme:* Die jetzigen Reformvorschläge werden weder den Interessen der Bauern vor Ort noch denen in Entwicklungsländern gerecht.

*Handlungsempfehlungen:* Es muss eine weltmarktpolitische Lösung gefunden werden, die begleitet wird von ökologischen und sozialen Rahmenbedingungen und die die Nahrungsmittelselbstversorgung der Staaten sicherstellt. Präferenzregelungen für LDC-Staaten sollen deren Entwicklung unterstützen. Der Zutritt zum EU-Markt soll langfristig durch ökologische und soziale Standards gesichert werden.

**Dr. Rudolf Buntzel (Evangelischer Entwicklungsdienst)**

*Handlungsempfehlungen:* Die EU sollte sich aus dem Export des Zuckers zurückziehen. Wichtig ist eine Einbindung der AKP-Länder in die Umstrukturierungsbeihilfen in Form

von nationalen Aktionsplänen finanziert aus Geldern der ZMO. Die LDC-Staaten sollten unterstützt werden durch geringere Preissenkungen in einer Übergangsphase und bei der Einführung von Umwelt- und Sozialstandards. Dennoch sollten die Exporte der LDC in die EU mengenmäßig beschränkt bleiben und es muss eine gerechte Lösung zur Verhinderung von Swaps gefunden werden.

**Dr. Michael Brüntrup (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik)**

*Probleme:* Problematisch wäre es, über neue Quotenregelungen den Marktzugang der AKP- und LDC-Länder zu regeln, wenn die hohen Preise in der EU bestehen bleiben würden und so der Anreiz geschaffen wäre, ineffiziente und langfristig nicht wirtschaftliche Strukturen aufzubauen. Aber bei Preissenkungen sind besonders die ganz armen Länder durch Verlust von Exportmöglichkeiten betroffen. Allein die AKP-Staaten haben durch den Verlust der Importquoten ca. 400- 500 Mill. \$ Verluste pro Jahr, für die LDC wird der Wert ihrer potentiellen Exporte aus der EBA-Initiative gemindert.

*Handlungsempfehlungen:* Nicht nur für die AKP-Länder, sondern gerade für die ganz armen Länder muss angemessene Kompensation aus den Geldern der EU geschaffen werden, zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Zuckerproduktion bzw. von Alternativen. Die Strategie der Preissenkungen bei der Zuckermarktreform sollte aber beibehalten werden, da diese zu nachhaltigen Umstrukturierungen führt.

*Bonn, 25. Januar 2006*

**Henry Richard Kimera (Consumer Education Trust Uganda)**

*Probleme:* Problematisch ist, dass die Zuckerindustrie aber auch das Einkommen, welches Landwirte durch den Anbau von Zucker verdienen, zum Ausbau der sozialen Infrastruktur beiträgt. Dies fällt durch Einschränkungen des Zuckerverkaufs auf dem Weltmarkt weg oder verringert sich zumindest. Aufgrund fehlender Kontrolle gelangt für die EU bestimmter Zucker als Billigzucker auf den ostafrikanischen Markt. Die Gewinne der Zuckerindustrie werden nicht gerecht verteilt und gehen an wenige Leute in Politik und Industrie.

*Handlungsempfehlungen:* Es ist Unterstützung von der Regierung nötig, um die lokale Zuckerindustrie zu fördern und den Zufluss von Billigzucker auf den Markt zu verhindern. Aufklärung der Bauern über die Situation der Bauern in anderen Regionen der Welt ist nötig, um dadurch die Zusammenarbeit von Bauern im Norden und im Süden zu verbessern.



Lokale Verwendung für den Eigenbedarf: Ghanaischer Junge schleckt am Zuckerrohr. Foto: Simone Windfuhr

## Themenbereich: Biokraftstoffe

*Bielefeld, 28. Juni 2005*

### **Gerhard Kattenstroth**

*Probleme:* Die Ethanolerzeugung steht in Konkurrenz zur Zuckererzeugung bzw. zum Lebensmittelanbau. Bis jetzt ist noch keine Wirtschaftlichkeit in der EU gegeben und damit auch keine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt.

*Handlungsempfehlungen:* Die Ethanolerzeugung ist nur eine Möglichkeit die C-Rüben zu verwerten.

### **Dr. Peter Kasten (Rheinischer Rübenbauer Verband)**

*Probleme:* Unter einem Mindestpreis der Rüben von 32,75 €/t wäre die Bioethanolerzeugung unter Vollkostenbetrachtung einem rheinischen Rübenanbauer eigentlich nicht zu empfehlen. Gegen eine Bioethanolerzeugung aus Zuckerrüben spricht, dass diese teurer ist als die aus Getreide.

*Handlungsempfehlungen:* Unter bestimmten Bedingungen ist die Ethanolerzeugung aus Rüben eine Alternative, aber der Anbau von Weizen wäre bei den aktuellen Preisentwicklungen empfehlenswert. Es müsste eine Abnahmeregelung mit festem Rübenpreis geben, damit die EU-Landwirte gegen die Konkurrenz aus Brasilien bestehen können.

### **Dr. Guido Reinhardt (Institut für Energie- und Umweltforschung, Heidelberg)**

*Probleme:* Die Erzeugung von Biokraftstoffen hat einige negative Auswirkungen wie zum Beispiel den hohen Flächenverbrauch, die Eutrophierung von Oberflächengewässern, die Wasserverschmutzung durch Pestizide und die energieintensive Produktion. Das heißt, dass Biokraftstoffe im Vergleich zu fossilen Brennstoffen nicht klar vorzuziehen sind, da auch sie negative Begleiterscheinungen haben. Zu beachten ist auch, dass sich durch geringeren Aufwand größere CO<sub>2</sub>-Einsparungen erreichen lassen wie zum Beispiel durch das Heizen mit Pellets.

*Handlungsempfehlungen:* Da die Herstellung von Ethanol aus Zuckerrüben günstiger ist als die aus Weizen/Kartoffeln und als Biodiesel & Rapsöl, ist dies eine gute Alternative. Besonders wenn weiter die Verarbeitung von Ethanol in ETBE (Ethyl-Tertiär-Butyl-Ether) gefördert wird, können die Bilanzen noch verbessert werden. Auch die politischen Rahmenbedingungen müssten geändert werden, damit die Bioethanolerzeugung wirtschaftlich positive Effekte nach sich zieht.

*Düsseldorf, 21. September 2005*

### **Dr. Norbert Schmitz (méo Consulting Team)**

*Probleme:* Um die Nachfrage nach Ethanol zu steigern, wäre die direkte Beimischung förderlich, diese ist aber noch problematisch wegen der sogenannten Dampfdruckproblematik. Die unsicheren politischen Rahmenbedingungen erschweren eine genaue Planung und Investition in neue Anlagen. Die Konkurrenzfähigkeit mit Brasilien ist in der EU nicht gegeben. Zuckerrüben haben den Nachteil hoher Transport- und Lagerungskosten, sind ansonsten aber durchweg positiv zu bewerten in Bezug auf Flächenproduktivität und ökologische Wirkungen. Aus klimapolitischer Sicht ist Bioethanol durchaus umstritten, da es ungünstige Treibhausgasbilanzen hat wegen der aufwändigen Umwandlungsprozesse und geringer Energieausbeuten. Studien zu Bioethanol weisen in Bezug auf deren Ergebnisse eine große Varianz auf, so dass einige Aspekte ungewiss bleiben.

*Handlungsempfehlungen:* Die grundsätzlichen Entscheidungen zur Einführung von Biokraftstoffen sind seitens der Politik getroffen worden. Jetzt muss es darum gehen, Rohstoffe und Prozesse für die Bioethanolproduktion zu verbessern, um die ökonomischen und ökologischen Defizite zu verringern.

**Tanja Dräger de Teran (Worldwide Fund for Nature)**

*Probleme:* Der Anbau von Zuckerrüben zur Ethanolproduktion ist in Deutschland und der EU verhältnismäßig teuer im Vergleich mit den USA oder Brasilien. Es gibt eine Flächenkonkurrenz der Bioenergie untereinander und mit der Nahrungsmittelproduktion. Aus ökologischer Perspektive sind Weizen und Roggen zur Ethanolherstellung, gerade beim Vergleich der Nutzung der Nebenprodukte, Zuckerrüben vorzuziehen, aber die Rübe hat eine höhere Flächenproduktivität.

*Handlungsempfehlungen:* Aus ökonomischer Sicht ist der Anbau von Bioethanol nicht sinnvoll, da der Schutz vor Importen nötig wäre. Beim Anbau für Bioenergie muss abgeschätzt werden, welche Auswirkungen sich auf Boden- und Gewässerschutz, Landschaftsbild und Biodiversität ergeben. Um negative Auswirkungen auf Natur und Umwelt zu verhindern, müssen pflanzenbauliche Möglichkeiten beim Anbau nachwachsender Rohstoffe ausgeschöpft werden. Der Biomasseeinsatz im Strom- und Wärmemarkt ist zu empfehlen. Es müssen Teilzielbestimmungen für den Strom- und Wärmebereich auf europäischer Ebene in Hinblick auf die Konkurrenzen der Nutzungspfade festgelegt werden.

**Johannes Lackmann (Bundesverband Erneuerbare Energie)**

*Probleme:* Die 100% Mineralölsteuerbefreiung muss vermieden werden, da diese hohe Mitnahmeeffekte für importiertes Ethanol erzeugt. Die gegenwärtigen Steuer- und Zollbestimmungen bieten keinen ausreichenden Schutz für die Bioethanolproduktion in der EU, diese muss aber gesichert werden, um Innovationen zu entwickeln, die Importabhängigkeit zu verringern und Alternativen für Landwirte und Industrie zu schaffen. Eine Steigerung des Ethanolanteils über 5 Volumenprozent ist ohne Einführung einer zusätzl. E85 Kraftstoffsorte nicht möglich, dies kann nicht gegen den Willen der Autoindustrie durchgesetzt werden.

*Handlungsempfehlungen:* Erstrebenswert ist die Schaffung eines Marktes für FFV(Flexible Fuel Vehicles) durch steuerliche Anreize und Beschaffung von FFVs im öffentlichen Sektor. Durch steuerliche Behandlung muss erreicht werden, dass die Endkundenpreise von Ethanol unter denen von fossilem Benzin liegen. Die Nachfrage kann weiter gesteigert werden durch eine Verpflichtung zur stufenweisen Erhöhung der Marktanteile für Bioethanol über 5 % hinaus. Importmengen müssen dem EU-Markt Raum zur Entwicklung lassen, das heißt unter den Marktanteilspflichten liegen.

*Bonn, 24. Mai 2006*

**Thomas Breuer (Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomik)**

*Probleme:* Im Ethanolsektor sind aufgrund fehlender Forschungen einige Aspekte offen. Die Konkurrenzfähigkeit und das Potenzial der einzelnen Länder (v.a. AKP- und LDC) sowie die Herkunft des Kapitals zur Investition in diesem Sektor sind ungewiss.

*Handlungsempfehlungen:* Es sind Forschungen in Bezug auf die Entwicklung der biokraftstoffbetreffenden Politiken der EU, die jeweiligen Potenziale (Produktionskosten, Transport- und Logistikkosten) der einzelnen Länder (v.a. die AKP- und LDC-Länder) in Bezug auf Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, die Absatzchancen auf dem Inlandsmarkt, die Auswirkungen des Einstiegs in die Ethanolerzeugung auf die Agrarlandschaft (länder- und regionsspezifische Analysen) und die Verteilung des Profits zu unternehmen. Kooperationen zwischen Brasilien und anderen Entwicklungsländern können den Technologie- und Know-How-Transfer fördern.

**Jens Giersdorf (Lateinamerikainstitut FU Berlin)**

*Probleme:* In Brasilien sind folgende Aspekte bei der Ethanolerzeugung problematisch. Die Beschäftigungseffekte sind relativ gering und es gibt Akkord- und Sklavenarbeit. In einem Entwicklungsland ist es fragwürdig, Nahrungsmittel durch Veredelung weiterzu-

verarbeiten, obwohl Teile der Bevölkerung hungern. Weitere Probleme sind die Ausweitung der Monokultur und die Verfestigung eines nicht nachhaltigen Mobilitätsmuster.

#### **Gerald Knauf (Forum Umwelt und Entwicklung)**

*Probleme:* Die Produktion von Bioenergie ist nicht gleichzusetzen mit nachhaltiger Entwicklung und kann sich ins Gegenteil verkehren.

*Handlungsempfehlungen:* Es müssen Kriterien entwickelt werden, durch die der nachhaltige Anbau von Bioenergie sowie dessen Nutzung gewährleistet wird. Die zentralen Kriterien sollten sein: Förderung lokaler und regionaler Wertschöpfung, Unterstützung kleinbäuerlicher Strukturen, Förderung eines vielfältigen Energiepflanzenanbaus, Verbot von Gentechnik, keine Gefährdung der Nahrungsmittelproduktion, Schutz von Böden und Gewässern, Ermittlung der Energie- bzw. CO<sub>2</sub>-Bilanz zur bestmöglichen Nutzung und Produktion der Bioenergie und Gewährleistung der Gesundheits- und Sozialverträglichkeit der Produktion.

#### **Werner Paczian (Rettet den Regenwald)**

*Probleme:* Der Anbau von Pflanzen für Biokraftstoff verdrängt Nahrungsmittelanbau. Außerdem führt dies zu weiteren Abholzungen im Regenwald. Zuckerrohr für Biotreibstoffe verstärkt die Monokultur und zerstört Artenvielfalt, verbraucht viel Wasser, führt durch starke Düngung zu Verschmutzungen und zu gesundheitlichen Gefährdungen der Menschen.

*Handlungsempfehlungen:* Damit gar nicht in solchem Maße Treibstoff benötigt wird, ist die Abkehr vom Individualverkehr anzuraten. Die Erneuerung der Verkehrspolitik (Förderung von ÖPNV, Senkung des Spritverbrauchs bei Autos, Förderung erneuerbarer Energien) kann ihren Beitrag dazu leisten. Beim Anbau von Pflanzen für Biotreibstoffe sollten strenge Kriterien eingeführt werden.

#### **Christoph Bals (Germanwatch)**

*Probleme:* Energie sparen und Steigerung der Effizienz von Energieträgern ist die bestmögliche Lösung zum Schutz des Klimas. Es entsteht für den Regenwald große Gefahr bei der Erzeugung von Biokraftstoffen aus Palmöl und Sojaöl.

*Handlungsempfehlungen:* Es muss bei Biokraftstoffen eine größtmögliche Beteiligung der Bauern an den verschiedenen Stufen der Wertschöpfung geben, damit sie profitieren können. Wichtig ist die Einführung eines Zertifizierungssystems für importierten und heimischen Biosprit.

#### **Prof. Dr. Jens Born (Fachhochschule Flensburg)**

*Handlungsempfehlungen:* Die Bauern müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um ihren Wertschöpfungsanteil zu erhöhen. Das Konzept der dezentralen Wertschöpfung ist sowohl auf Landwirte in Deutschland als auch auf Landwirte in AKP- und LDC-Länder zu übertragen.

## **Teilnehmerliste des gesamten Dialogprojektes**

<b>Name</b>	<b>Organisation</b>	<b>Ort</b>
Albert, Dr. Helmut	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit	Eschborn
Anemüller, Sven	Germanwatch	Bonn
Ayele, Kassahun	Botschafter Äthiopien	Berlin
Bals, Christoph	Germanwatch	Bonn
Bargol, Jean-Louis	Comité Européen des Fabricants de Sucre	Brüssel
Beckedorf, Katrin	Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen	Hannover
Benning, Reinhild	Bund für Umwelt und Naturschutz NRW	Berlin
Bernhardt, Dörte	Germanwatch	Bonn
Bernsmann, Elsbeth	Deutscher Landfrauenverband e.V.	Rhede
Bohnen, Ulrich	Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie NRW	Düsseldorf
Bolenbach, Chris	CDU-Landtagsfraktion	Düsseldorf
Born, Prof. Dr. Jens	Fachhochschule Flensburg	Flensburg
Breuer, Thomas	Institut für Agrarpolitik der Universität Bonn	Bonn
Bringezu, Dr. Stefan	Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie	Wuppertal
Brouns, Ellen	Bündnis 90/ die Grünen	Düsseldorf
Brüntrup, Michael	Deutsches Institut für Entwicklung	Bonn
Buntzel, Dr. Rudolf	Evangelischer Entwicklungsdienst	Berlin
Burdick, Bernhard	Verbraucherzentrale NRW	Düsseldorf
Carvalito, Edurado	Unica Brazil	Brasilien
Chiwaula, Gilton B.	Botschafter Malawi	Berlin
Corves, Prof. Dr. Christoph	Universität Kiel	Kiel
Damon, Malcolm	Economic Justice Network of FOCCISA	South Africa
Deardorff, Alan	University of Michigan	
Decker, Friedhelm	Rheinischer Landwirtschaftsverband e.V.	Bonn
Delbrück, Dr. Kilian	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Bonn
Delzeit, Ruth		Bonn
Dräger de Teran, Tanja	World Wide Fund for Nature	Berlin
Dröge, Annika	Geographische Institut Johannes Gutenberg Universität Mainz	Mainz
Dülge, Monika	Eine-Welt-Netz NRW	Düsseldorf
Dünckmann, Dr. Florian	Universität Kiel	Kiel
Epstein, Ernst-Michael	Verbraucherinitiative e.V.	Bonn
Erbrath, Dr. Torben	Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e.V.	Bonn
Ernst, Dr. Renée	Center for international Cooperation, Un-Millenniumskampagne Deutschland	Bonn
Fasse, Marie Luise	CDU-Landtagsfraktion	Düsseldorf
Fehring, Hubertus	MdL	Düsseldorf
Fink-Keßler Andrea	Büro für Agrar- und Regionalplanung	Kassel
Frohberg, Prof. Dr. Klaus	Zentrum für Entwicklungsforschung	Bonn
Giersdorf, Jens	Lateinamerikainstitut FU Berlin	Berlin
Gottschick, Dr. Manuel	Biogum, Universität Hamburg	Hamburg
Gräfe zu Baringdorf, Friedrich-Wilhelm	Bündnis 90/ die Grünen, Europaparlament	Brüssel
Grazener, Arno		
Gronski, Robert	The National Catholic Rural Life Conference	
Grote, Wilhelm	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Bonn
Gumbo, Keeper	Präsident der SPAWUM	Malawi
Hagemann, Nina	Universität Hamburg	Hamburg
Hannen, Martin	Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW	Düsseldorf
Hartmeier, Uwe	Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW	Bielefeld
Haumann, Dr. Gerhard	Landwirtschaftskammer NRW	Bad Sassendorf
Hauser, Eberhard	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit	Eschborn

Heincke, Maren	Ev. Kirche Hessen-Nassau	Darmstadt
Heinen, Michael	Attac	Bonn
Hetzer, Stefan		Aldenhoven
Hoffmann, Dr. Heidi	Staatskanzlei des Landes NRW	Düsseldorf
Hoffmann, Kerstin	Universität Kiel	Kiel
Hofmann, Birgit	BMZ	Berlin
Hofstetter, Martin	AbL, Greenpeace	Hamburg
Höltke, Christoph		Köln
Hölmann, Hans-Jürgen	Landwirtschaftskammer Bonn	Bonn
Jenseit, Wolfgang	Ökoinstitut	Darmstadt
Kahnert, Sarah	Germanwatch	Berlin
Kämmerling, Dr. Bernd	Pfeifer & Langen	Elsdorf
Kapacha, Henry Eusebius	Konsul der Republik Sambia	Sambia
Kasten, Dr. Peter	Rheinischer Rübenbauer Verband	Bonn
Kattenstroth, Gerhard	Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft	Gütersloh
Khanyizira, Bertrand	Malawi Delgate	
Kier, Dr. Gerold	Germanwatch	Bonn
Kimera, Henry Richard	Consumer Education Trust	Uganda
Knauf, Gerald	Forum Umwelt und Entwicklung	Bonn
Kolmans, Alicia	Misereor	Aachen
Kraemer, Claudia	BMZ	Berlin
Kreutzberger, Stefan		Köln
Kügler, Michael	EU-Verbindungsbüro der Landwirtschaftskammern	Brüssel
Kühlheim, Ricardo	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit	Bonn
Kuhlmann, Dr. Friedrich-Wilhelm	Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	Bonn
Kühr, Wolfgang	Klimaschutz e.V.	Bonn
Lackmann, Johannes	Bundesverband erneuerbare Energien e.V.	Paderborn
Langendorf, Dr. Dieter	Wirtschaftliche Vereinigung Zucker	Bonn
Laschet, Armin	Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration NRW	Düsseldorf
Lanje, Kerstin	Germanwatch	Bonn
Leibrock, Claudia	Evangelische Landjugendakademie	Altenkirchen
Lurweg, Meike	Germanwatch	Bonn
Meer-Rohbeck, Dr. Marlise	Pfeifer & Langen	Elsdorf
Mengelkamp, Winfried	Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW	Düsseldorf
Mewis, Horst Wilhelm	Zuckerfabrik Jülich	Jülich
Milke, Klaus	Germanwatch	Berlin
Miretti, Ugo	Germanwatch	Bonn
Mondindi, Harrison	Malawi Delgate	Malawi
Mtonya, Brian	Malawi Delegate	Malawi
Mulaga, Bupe	Malawi Delegate	Malawi
Nacke, Karl	Rheinischer Landwirtschaftsverband	Bonn
Neugebohn, Eberhard	NRW-Stiftung für Umwelt und Entwicklung	Bonn
Nilles, Bernd	Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW	Düsseldorf
Oetzel, Dietrich	Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e.V.	Dortmund
Ortgies, Friedhelm	CDU-Landtagsfraktion	Düsseldorf
Oskamp, Ulrich	Katholische Landvolkbewegung	Münster
Paczian, Werner	Rettet den Regenwald	Münster
Page, Sheina		
Pahl, Dr. Marc-Oliver	Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW	Düsseldorf
Pena Lopes, Yvette	International Brotherhood of Teamsters	
Pichpongsa, Wanlop	Thai Chamber of Commerce	
Ravaoarimanana, Dr. Lary	Botschaft Madagaskar	Falkensee
Reichert, Tobias	Germanwatch	Berlin
Reiß, Christiane	Germanwatch	Bonn
Rommel, Johannes	Bündnis 90/die Grünen Landtag NRW	Düsseldorf

Risser, Dr. Dominik	Südzucker AG	Mannheim
Römerscheidt, Monika	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Bonn
Römling, Cornelia	Germanwatch	Bonn
Schaps, Dr. Jens	Europäische Kommission	Brüssel
Schleker, Sylvia	Landesarbeitsgemeinschaft der Landjugend Nordrhein	Düren
Schipmann, Christin	Oxfam	Berlin
Schmitz, Dr. Norbert	meó Consulting Team	Köln
Schulze, Svenja	SPD, Landtag NRW	Münster
Securs, Claus	Honorarkonsul Mauritius	Düsseldorf
Sievers, Sielke	Niedersächsische Staatskanzlei	Hannover
Soomanroo, N.	Botschaft Mauritius	
Stolper, Ernst-Christoph	Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW	Düsseldorf
Tamen, Emmanuel N.	ITIA	
Thiele, Angela	Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie NRW	Düsseldorf
Thien, Leonard	Landesinitiative Zukunftsenergien NRW, Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW	Düsseldorf
Treber, Dr. Manfred	Germanwatch	Bonn
Uhlenberg, Eckhard	Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW	Düsseldorf
Valqui, Dr. H. Alexis	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Berlin
Volkmann, Eckhard	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit	Eschborn
Wagner, Anne	GRET	
Watermann-Krass, Annette	SPD-Landtagsfraktion	Düsseldorf
Weber, Anja	Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten	Düsseldorf
Weitz, Ludwig	Visi.on	Bonn
Wilstake, Dr. Ludger	Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW	Düsseldorf
Windfuhr, Michael	Foodfirst Information & Action Network	Heidelberg
Zenker, Rosemarie		
Zensen, Rosemarie	Pfeifer & Langen	Köln

### ... Sie fanden diese Publikation interessant und hilfreich?

Wir stellen unsere Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, zum Teil auch unentgeltlich. Für unsere weitere Arbeit sind wir jedoch auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen.

Spendenkonto: 32 123 00, Bank für Sozialwirtschaft AG, BLZ 10020500

Informationen zur Mitgliedschaft finden Sie auf der Rückseite dieses Hefts. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

# Germanwatch

Wir sind eine gemeinnützige, unabhängige und überparteiliche Nord-Süd-Initiative. Seit 1991 engagieren wir uns in der deutschen, europäischen und internationalen Nord-Süd-, Handels- und Umweltpolitik.

Ohne strukturelle Veränderungen in den Industrieländern des Nordens ist eine sozial gerechte und ökologisch verträgliche Entwicklung weltweit nicht möglich. Wir setzen uns dafür ein, die politischen Rahmenbedingungen am Leitbild der sozialen und ökologischen Zukunftsfähigkeit für Süd und Nord auszurichten.

Unser Engagement gilt vor allem jenen Menschen im Süden, die von den negativen Auswirkungen der Globalisierung und den Konsequenzen unseres Lebens- und Wirtschaftsstils besonders betroffen sind. Wir treten dafür ein, die Globalisierung ökologisch und sozial zu gestalten!

Germanwatch arbeitet an innovativen und umsetzbaren Lösungen für diese komplexen Probleme. Dabei stimmen wir uns eng mit Organisationen in Nord und Süd ab.

Wir stellen regelmäßig ausgewählte Informationen für Entscheidungsträger und Engagierte zusammen, mit Kampagnen sensibilisieren wir die Bevölkerung. Darüber hinaus arbeiten wir in gezielten strategischen Allianzen mit konstruktiven Partnern in Unternehmen und Gewerkschaften zusammen, um intelligente Lösungen zu entwickeln und durchzusetzen.

Zu den Schwerpunkten unserer Arbeit gehören:

- Verantwortungsübernahme für Klimaschutz und Klimaopfer durch wirkungsvolle, gerechte Instrumente und ökonomische Anreize
- Gerechter Welthandel und faire Chancen für Entwicklungsländer durch Abbau von Dumping und Subventionen im Agrarhandel
- Einhaltung sozialer und ökologischer Standards durch multinationale Unternehmen
- Ökologisches und soziales Investment

Möchten Sie uns dabei unterstützen? Für unsere Arbeit sind wir auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Weitere Informationen erhalten Sie unter [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org) oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch Büro Bonn  
Dr.Werner-Schuster-Haus  
Kaiserstr. 201  
D-53113 Bonn  
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax, -19

Germanwatch Büro Berlin  
Voßstr. 1  
D-10117 Berlin  
Telefon +49 (0)30 / 288 8356-0, Fax -1

E-mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)



Per Fax an:

+49-(0)30 / 2888 356-1

Oder per Post:

Germanwatch e.V.

Büro Berlin

Voßstr. 1

D-10117 Berlin

## Ja, ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch

Ich werde Fördermitglied zum Monatsbeitrag von €..... (ab 5 €)  
Zahlungsweise:  jährlich  vierteljährlich  monatlich

Ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch durch eine Spende von  
€..... jährlich €..... vierteljährlich €..... monatlich €..... einmalig

Name .....

Straße .....

PLZ/Ort .....

Telefon .....

E-Mail .....

Bitte buchen Sie die obige Summe von meinem Konto ab:

Geldinstitut .....

BLZ .....

Kontonummer .....

Unterschrift .....